Nr. 45 — Jahrgang 13

Einzelnummer 0,20 Zl.

Freitag, den 24. Februar 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 29. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Frankreichs Beziehungen zu Rußland

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Mitte Februar 1928.

Als vor einigen Monaten der russische Botschafter Rakowsky bei Nacht und Nebel mit seiner Familie aus Paris schlich, ohne dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister oder sonst einer französischen Persönlichkeit einen Abschiedsbesuch abgestattet zu haben, da war die stärkste Befürchtung vorhanden, daß Frankreich ganz mit Rußland brechen würde, in Nachahmung des englischen Beispiels. Nach der Abfahrt von Rakowsky entstand zunächst eine Atempause. Die Kreise, die nicht ruhten, ehe Rakowsky abberufen wurde, weil er das kommunistische Minderheitsmanifest unterzeichnet hatte und weil daraus ganz ersichtlich sei, daß Rakowsky die Revolution in Frankreich vorbereite, wollten die Abwesenheit jeglichen russischen Botschafters dazu benutzen, ihre rußlandfreundlichen Pläne durchzuführen. Der neue Botschafter Dowgalewsky, der aus Tokio kam, ließ überhaupt äußerst lange auf sich warten. Ende Januar erschien er nun endlich in Paris, und am 28. Januar sprach er ein erstes Mal mit dem Ministerpräsidenten Poincaree, nachdem die reaktionären Zeitungen vergeblich versucht hatten, zu beweisen, daß auch Dowgalewsky ein ganz gefährlicher wilder Revolutionär sei.

Kurz bevor Rakowsky aus Frankreich zog, am 23. September, hatte er einen letzten Vorschlag zur Regelung der russisch-französischen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen der Regierung Poincaree überreicht. Rußland erklärte sich bereit, in einer Zeitspanne von 62 Jahren 60 Millionen Goldfranken an Frankreich zu zahlen, ohne daß dadurch sein Prinzip der Nichtanerkennung der Zarenschulden irgendwie angetastet sein sollte. Moskau erbat dafür von Frankreich die Einräumung der Meistbegünstigungsklausel und die Verhandlung einer Anleihe.

Vor dem Krieg betrug die russische Schuld an Frankreich 400 Millionen Franken. Bei aller Berechnung der heutigen Schuld wird ein Viertel abgezogen infolge des Länderverlusts, den Rußland durch die Friedensverträge erlitt. Rechnen wir also mit einer Summe von 300 Millionen Papierfranken, so entspricht das genau den 60 Millionen jährlichen Goldfranken, die Rußland am 23. September anbot.

Nun sind aber dabei noch die größten Verhandlungsschwierigkeiten. Und um diese etwas schneller aus dem Wege zu räumen, schlug der Senator und frühere Minister Anatole de Monzie, der Vorsitzende der russisch-französischen Konferenz, vor einem Monat, gerade nachdem er aus Deutschland zurückgekehrt war, vor, daß den Russen eine Anleihe nur zur Belebung der französischen Industrie in Rußland gegeben werden solle. Denn de Monzie ist der Ansicht, daß es ein schwerer Fehler der französischen Regierung sei, den russischen Markt nicht genügend zu berücksichtigen. Die Einkünfte aus diesen industriellen Unternehmungen in Rußland sollen dann dem französischen Schuldenkonto gutgeschrieben werden. Aber in Frankreich wütet man rechts einstweilen sehr gegen diesen Vorschlag, weil er gegen die französische Würde sei! Man ratifiziere dadurch das russische Dekret der Schuldenannullierung, ja, man mache sich zum Verbündeten von Dieben. Man gestatte damit auch den russischen Bolschewisten ein weiteres Leben, „den Sowjets, die, vergessen wir es nicht, die militärischen Verbündeten Deutschlands sind. Denn noch besteht der Vertrag von Rapallo", schreibt das Rechtsblatt „Liberte" am 16. Februar.

Es wird aber immer klarer, daß der Hauptwiderstand nicht einmal so sehr von diesen Leuten herkommt, sondern vor allem von der Regierung selbst, auf welche de Monzie schon im Falle Rakowsky keinen genügenden Einfluß hat ausüben können. Poincaree hält noch heute lieber zum General Wrangel und ähnlichen verunglückten Antibolschewisten-Feldherrn als zu den armen französischen Besitzern russischer Vorkriegsanleihen, die der heutige Ministerpräsident damals vor dem Kriege einst so populär zu machen suchte. Auf den Vorschlag vom 23. September hat Frankreich bis heute noch keine Antwort erteilt. Die Reaktion befürchtet, daß irgend etwas Frankreich Ungünstiges da im Dunkeln ausgebrütet wird. Aber es scheint viel eher, daß Poincaree sich darin gefällt, den Bolschewisten die harte Stirn zu zeigen.

Kurt Lenz.

Wiederaufnahme der Arbeit in Mitteldeutschland

Halle. Die Funktionäre der Metallarbeiter haben mit 52 gegen 4 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit für Freitag beschlossen. In der angenommenen Entschließung wird kurz auf den Werdegang der Lohnbewegung Bezug genommen und festgestellt, daß die Linie, die durch den Schiedsspruch der nordwestlichen Gruppe (2 Pfennig Zulage) bezeichnet wurde, durch den mitteldeutschen Schiedsspruch, der 3 Pfennig Zulage, und durch den vom Reichsarbeitsminister gefällten, der 5 Pfennig Erhöhung vorsieht, durchbrochen ist und damit zweifellos als Erfolg bezeichnet werden kann.

Die deutsch-estländischen Differenzen

Deutschland verhindert den Handelsvertrag Keine Entschädigung der Güterenteignung

Reval. Der estländische Außenminister Rebane äußerte sich Pressevertretern gegenüber über seine Auffassung von den deutsch-estländischen Differenzen bezüglich des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Deutschland. Estland könne unter keinen Umständen der deutschen Auffassung beipflichten, daß der Handelsvertrag mit der Entschädigungsfrage zu verbinden sei. Deutschland müsse seinen Standpunkt revidieren. Estland fürchte keinen Zollkrieg und kein Schiedsgericht, da keiner Regierung verboten werden könne, Enteignungen vorzunehmen und die Art und der Umfang einer Entschädigung eine innerstaatliche Angelegenheit sei. Außenminister Rebane sei der Auffassung, daß Deutschland den Handelsvertrag mit Estland als Angelegenheit fünfter und sechster Ordnung auffasse. Es sei ausgeschlossen, daß Estland Deutschland in der Entschädigungsfrage entgegenkomme, denn das würde zu einer Aufrollung der gesamten Agrarfrage führen. Die Entschädigung der enteigneten Reichsdeutschen würde Estland teurer zu stehen kommen, als der Rückgang seiner Butterausfuhr nach Deutschland.

Zu diesen Auslassungen des verantwortlichen Leiters der estländischen Außenpolitik kann deutscherseits nur bemerkt werden, daß, wenn man auch den Abschluß eines Handelsvertrages mit Estland begrüßen mag, doch keinerlei Veranlassung vorliegt, die wohlbegründeten deutschen Rechte in Estland deswegen preiszugeben. Wenn auch die Agrarenteignung eine interne Angelegenheit Estlands war, so wird es sich doch, was die Konsequenzen derselben anbelangt, den auf diesem Gebiet bestehenden Rechtsanschauungen der westlichen Kulturwelt anpassen und eine volle Entschädigung für das enteignete Land gewähren müssen.

Nationalismus und Kapitalismus sind Todfeinde der Arbeiterklasse. Sie müssen überwunden werden durch den Sieg der sozialistischen Einheitsfront. Stimmt für die Liste Nr.



Woldemaras soll vor den Rat zitiert werden

Genf. Wie der Telegraphen-Union von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, rechnet man in maßgebenden politischen Kreisen mit der Möglichkeit, daß der litauisch-polnische Konflikt infolge des Scheiterns der bisherigen Verhandlungen auf der Märztagung des Völkerbundsrates von neuem zur Erörterung gelangen wird. Selbst wenn nämlich die für die nächsten Tage erwartete Antwort der litauischen Regierung nach Ansicht der polnischen Regierung nicht unbefriedigend ausfallen würde, so beabsichtigt offenbar die polnische Regierung, dem Völkerbundsrat von der Ergebnislosigkeit der bisherigen Verhandlungen Mitteilung zu machen und die weitere Behandlung der polnisch-litauischen Beziehungen wieder in die Hände des Völkerbundsrates zurückzulegen. Der Rat würde voraussichtlich unter diesen Umständen den litauischen Ministerpräsidenten zu den Märzverhandlungen des Völkerbundsrates nach Genf einladen. Eine derartige Entwicklung würde allerdings zweifellos zunächst ein Scheitern der bisherigen Aktion des Rates und für die Folge die Möglichkeit neuer ernster Komplikationen in sich tragen. Es besteht auch keinerlei Klarheit darüber, welche Schritte der Rat nach dem Scheitern seiner ersten Aktion im Dezember nunmehr ergreifen könnte, um eine friedliche Regelung der polnisch-litauischen Beziehungen zu ermöglichen.

Die Neuorientierung der englischen Chinapolitik

Hongkong. Das am Donnerstag bevorstehende Eintreffen des englischen Gesandten Lampson, der voraussichtlich vier Tage in Kanton verbleibt, wird hier als großes politisches Ereignis gewürdigt. England reicht hierdurch dem südchinesischen Nationalismus zum ersten Male die Versöhnungshand. Viele Bankette sind im Programm vorgesehen. Das gegenwärtige englische Entgegenkommen wird jedoch von den chinesischen Landsleuten mit größter Zurückhaltung angesehen. Die Chinesen werden die englische Anknüpfung mit ihren eigenen Anleihewünschen beantworten. Die Vorbesprechungen sind bereits erfolgreich. Kanton besitzt bereits eine Zustimmung englischer Banken für eine 5-Millionen-Pfund-Anleihe. Nanking verhandelt über eine 100-Millionen-Wiederaufbauanleihe gegen Vollsicherheit.

Schwedens Aufnahme in den internat. Bergarbeiterverband verschoben

Brüssel. Der Vorstand des internationalen Exekutivkomitees der Bergarbeiter, beriet am Dienstag über die Aufnahme des schwedischen Bergarbeiterverbandes. Da jedoch von seiten der deutschen, belgischen u. englischen Delegierten der Einwand erhoben wurde, daß der schwedische Bergarbeiterverband mit dem russischen Bergarbeiterverband einen Freundschaftspakt abgeschlossen habe, wurde beschlossen, die Entscheidung über die Aufnahme bis zur nächsten Sitzung, die am 29. Mai in Nimes (Frankreich) stattfinden soll, zu vertagen. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen im Vordergrunde die Produktion und Verteilung von Steinkohlen.

Der neue Ministerpräsident der Mongolei

Berlin. Wie ein russischer Funkspruch aus Ulen-Bator meldet, ist als Nachfolger des verstorbenen mongolischen Ministerpräsidenten Zeren Dordseki sein bisheriger Stellvertreter und Innenminister Amor gewählt worden.

Die Kleine Entente zum St. Gotthard-Fall

Genf. Die gegenwärtig in Genf anwesenden Vertreter der Kleinen Entente sind zu einer Beratung zusammengetreten, um zu dem Beschluß der ungarischen Regierung Stellung zu nehmen, der die Vernichtung des in St. Gotthard befindlichen Maschinengewehrtransportes sowie den Verkauf der vernichteten Maschinengewehre vorsieht. In den Beratungen ist zum Ausdruck gekommen, daß die Berner internationale Eisenbahnkonvention, auf die sich die ungarische Regierung stützt, sich ausschl. nur auf Postkolli bezieht, nicht dagegen auf größere Transporte. Ferner ist darauf hingewiesen worden, daß der Zwischenfall in St. Gotthard auf der Tagesordnung der bevorstehenden Ratstagung des Völkerbundsrates stehe und infolgedessen der Schritt der ungarischen Regierung nur als ein Versuch aufgefaßt werden müßte, eine Untersuchung des Zwischenfalles durch den Völkerbundsrat unmöglich zu machen.

Der indische Boykott beginnt

London. Wie aus Kalkutta berichtet wird, ist der Boykott für britische Waren, der sich zunächst auf Konzessionsartikel erstrecken soll, in einer Versammlung in Kalkutta verkündet worden. Die Versammlung leistete folgenden Eid: „Ich schwöre im Namen Gottes und unter der Zeugenschaft meiner hier anwesenden Landsleute, daß ich britische Waren nicht benutzen werde, bis Indiens Selbstständigkeit erreicht ist, so wahr mir Gott helfe."

Sinclair zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt

Neuyork. Der Oelmagnat Sinclair, der Hauptbeteiligte im Teapot-Dome-Prozeß, ist wegen Mißachtung des Gerichts zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, drei Mitangeklagte zu geringeren Freiheitsstrafen. Sinclair und seinen Mitangeklagten ist vorgeworfen worden, einen Versuch gemacht zu haben, die Geschworenen zu bestechen. Sämtliche Verurteilte legten Berufung gegen das Urteil ein, so daß dasselbe noch nicht rechtskräftig geworden ist.

Wo die Arbeiterschaft stark geblieben ist

Die Rechtsregierung in Lettland. — Umsturzpläne faschistischer Offiziere.

Von Bruno Kalnin (Riga).

Die lettische Arbeiterschaft führt seit Jahren einen scharfen Kampf gegen die nationalistisch-faschistische Bewegung, die auch in Lettland in gewissen Schichten Wurzel gefaßt hat. In diesem Kampfe ist es dem Proletariat Lettlands bisher immer gelungen, die faschistischen Angriffe gegen die Republik und die Rechte der Arbeiterschaft zurückzuweisen. Hervorragendes hat in dieser Richtung besonders der nach österreichischem Muster gebildete Arbeiter-Sport- und Schutzbund geleistet. Daher ist es verständlich, daß neben dem faschistischen Litauen die demokratische Verfassung der Republik Lettlands unangetastet geblieben ist und die Sozialdemokratie im Parlament und in den Selbstverwaltungsorganen ein Drittel der Vertretung und großen Einfluß im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes erreicht hat.

Bis vor einigen Wochen hatte Lettland sogar eine Linksregierung, in der der Ministerpräsident und die Hälfte der Minister Sozialdemokraten waren. Die Regierung mußte aber unlängst zurücktreten, da einige Abgeordnete der bürgerlichen Mitte nicht mehr mitmachen wollten und zur reaktionären Opposition übergingen. Eine besonders unsolide Rolle spielten dabei einige Vertreter der russischen Minderheit.

Die Linksregierung war ein Jahr lang am Ruder; sie war eine Kampfregierung gegen die soziale und politische Reaktion. Im Moment, wo in Kowno Woldemaras' Henkerbande die Staatsgewalt an sich riß, war in Riga eine starke demokratische Regierung nötig. Daher die demokratische Koalitionspolitik der lettländischen Sozialdemokratie. Es gelang ihr auch, den einheimischen Faschismus, der nach dem Umsturz in Litauen sehr rege geworden war, weiter in Schach zu halten. Die Angriffe des Bürgertums gegen die sozialen Gesetze — Lettland besitzt eine recht fortgeschrittene soziale Gesetzgebung — wurden zurückgewiesen. Ein neues Versicherungsgesetz gegen Unfälle wurde durchgeführt. Das finanzielle Leben des Landes wurde in ein neues Geleise gebracht, die ausstehenden Steuerzahlungen streng einkassiert und das Finanzamt von der Korruption gereinigt. Teilweise gelang es, reaktionäre Beamte aus der Administration und der Schule herauszudrängen.. Außenpolitisch betrat die Regierung neue Wege, die zur wirtschaftlichen Verständigung und zum Abschluß eines sehr wichtigen Handelsvertrages mit Rußland führten.

Seit Ende Jänner ist nun an Stelle der Linksregierung eine Regierung des Bürgerblocks getreten, in der neben bürgerlichen Zentrumsministern auch Vertreter der den Faschisten nahestehenden Kreise sitzen. Die politische Situation hat sich aber wenig geändert, denn die Organisationen der lettischen Arbeiterschaft und ihr Schutzbund sind zu stark, als daß die Reaktion aktiv vorgehen könnte. Dabei ist die neue Regierung Juraschewski sehr schwach — hinter ihr stehen nur 53 Abgeordnete von 100 — und hütet sich daher, die Gegensätze auf die Spitze zu treiben.

Im Herbste hat Lettland Neuwahlen in das Parlament. Bis dahin wird sich die politische Lage wahrscheinlich nur wenig ändern. Die Städte-, Gemeinde- und Kreisvertretungswahlen, die eben vor sich gehen und überall der Sozialdemokratie neuen Zuwachs bringen, sind ein gutes Vorzeichen für die weiteren Erfolge der Arbeiterschaft.

Die Organisationen der Faschisten sind unter der Linksregierung zerschlagen worden und haben vorläufig keine Neigung zum Wiedererwachen gezeigt. Die faschistischen Elemente unter den Offizieren des Heeres sind wohl stärker, haben aber gerade jetzt eine Krise durchzumachen, da wieder einmal aufsehenerregende Enthüllungen von sozialdemokratischer Seite gekommen sind. Mehrere Führer dieser Kreise werden trotz Rechtsregierung schwer belastet auf die Anklagebank kommen.

Es handelt sich da in erster Linie um ein Komplott, das von gewissen Kreisen jüngerer Offiziere gegen die Linksregierung seit Frühjahr 1927 vorbereitet wurde und im Moment der Ratifizierung des Handelsvertrages mit Rußland losbrechen sollte. Es sollte ein reiner Militärputsch sein, gleichzeitig in den Garnisonen von Riga, Mitau und Dünaburg. Die Kerle haben aber doch vor den republiktreuen Truppenteilen und dem Arbeiterschutzbund Angst bekommen und im entscheidenden Moment nicht losgeschlagen. Man ist ihnen auf die Spur gekommen. Einer von den Hauptmachern, ein Oberleutnant Ikche, sitzt schon im Kriegsgefängnis. Weitere sollen ihm folgen.

Dabei ist zutage geokmmen, daß der Chef der Heeresleitung, General Radsin, die Faschisten zu retten und die ganze Sache zu vertuschen versucht hat. Nachdem dies im Heeresausschuß des Parlaments und in der sozialdemokratischen Presse festgestellt wurde, mußte dieser faschistenfreundliche General schleunigst „schwer krank" werden und ins Militärkrankenhaus verschwinden. Die Sozialdemokratie fordert seinen Rücktritt und seinen Ausschluß aus der Armee, was auch höchstwahrscheinlich geschehen wird, denn der General ist sogar für die Rechtsregierung zu stark kompromittiert.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Lettlands ist sich nach wie vor ihrer Kraft bewußt und bereitet sich zu einem entscheidenden Schlag gegen die Reaktion bei den Herbstwahlen vor.

Die deutschen Vorschläge auf der Genfer Sicherheits-Konferenz

Genf. Der deutsche Delegierte im Sicherheitsausschuß, Staatssekretär von Simson, hat in der Montag-Sitzung des Ausschusses im Namen der deutschen Regierung die deutschen Vorschläge zur weiteren Behandlung der Sicherheitsfrage vorgelegt. Im Hinblick auf die gegenwärtig von französischer Seite mit großer Energie in den Vordergrund gerückten Gedanken des Abschlusses regionaler Sicherheitspakte, die auf eine territoriale Garantie hinauslaufen sollen, haben die deutschen Vorschläge besondere Bedeutung. Der Wortlaut der deutschen Vorschläge ist folgender:

Im Interesse der Kriegsverhütung können vom Sicherheitskomitee des Völkerbundes folgende Möglichkeiten einer Prüfung unterzogen werden:

1. Für den Fall, daß der Völkerbundsrat mit einer konkreten Streitfrage befaßt ist, könnten die Staaten im Voraus die Verpflichtung übernehmen, vorläufige Empfehlungen des Rates anzunehmen und zur Ausführung zu bringen, die zum Zwecke haben, einer Verschärfung oder Ausdehnung der Streitigkeiten vorzubeugen und solche Maßnahmen der Parteien zu verhindern, die eine nachteilige Rückwirkung auf die Ausführung der vom Rat vorzuschlagenden Regelung haben könnten.

2. Insbesondere könnten die Staaten für den Fall, daß eine Kriegsgefahr vorliegt, im voraus die Verpflichtung übernehmen, diejenigen Empfehlungen des Rates anzunehmen und zur Ausführung zu bringen, die zum Ziele haben, den militärischen status quo des normalen Friedensstandes aufrecht zu erhalten und wiederherzustellen.

3. Für den Fall, daß Feindseligkeiten irgendwelcher Art bereits begonnen haben, ohne daß nach Ansicht des Rates die Möglichkeiten eines friedlichen Ausgleiches erschöpft sind, könnten die Staaten sich im voraus verpflichten, einen vom Rat vorgeschlagenen Waffenstillstand zu Lande, zur See und in der Luft anzunehmen, wobei sie insbesondere die etwa bereits in fremdes Gebiet vorgedrungenen Streitkräfte zurückzuziehen und die Achtung der Staatshoheit des anderen Teiles sicherzustellen hätten.

4. Es wäre zu prüfen, ob die vorstehend bezeichneten Verpflichtungen nur bei Einstimmigkeit des Völkerbundsrates ohne Zählung der Stimmen der beteiligten Staaten oder aber mit der einfachen oder qualifizierten Majorität zu übernehmen wären. Auch wäre zu prüfen, welche Form den Verpflichtungen zu geben wäre, damit sie mit dem Mechanismus der Völkerbundssatzung in Einklang stehen.

5. Diese Verpflichtungen könnten in einem Vertrag oder Protokoll festgelegt werden, das allen Mitglieds- und Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes zur Zeichnung offen stände und vielleicht ähnlich, wie dies in dem Entwurf des Vertrages über gegenseitige Hilfeleistung vom Jahre 1923 vorgesehen war, für die verschiedenen Kontinente gesondert in Kraft treten.

Diese deutschen Vorschläge werden voraussichtlich innerhalb eines Redaktionskomitees zur Erörterung gelangen, das heute abends nach Abschluß der Generaldebatte im Ausschuß zur Prüfung der einzelnen sachlichen Vorschläge und Anregungen eingesetzt werden soll. Man darf annehmen, daß auch die deutsche Delegation in dem Redaktionskomitee vertreten sein wird, um bei diesen so bedeutungsvollen Arbeiten von Einfluß sein zu können.

Vorläufige Wahlergebnisse in Japan

London. Die heute morgen vorliegenden Resultate der japanischen Wahlen zeigen folgenden Stand:

Minseito (Liberale Opp.)	52 Mandate
Saiyukai (Regierung)	39 Mandate
Die Arbeiterpartzien (darunt. 3 Sozialisten)	6 Mandate

Wie in Bulgarien gewählt wird

Ein Sozialist zu Tode mißhandelt.

Sofia. Am Sonntag fanden in Bulgarien die Wahlen zu den Gemeindeparlamenten statt. Schon während des Wahlkampfes zeichneten sich die Anhänger der Regierung durch Mißhandlungen der Opposition aus. Diese Art der Einflußnahme auf die Wählerschaft erreichte am eigentlichen Wahltag ihren Höhepunkt. Fortgesetzt laufen seit Sonntag nachmittag bei dem Zentralkomitee der Sozialistischen Partei aus den verschiedensten Gegenden des Landes Meldungen über schwere Mißhandlungen ein. Unter anderem wurde ein als Sozialist bekannter Rechtsanwalt Mittef von einer schwer bewaffneten Horde trotz der anwesenden Polizei aus seiner Wohnung gezerrt, verschleppt und zu Tode mißhandelt. Die Räuber stahlen dem bewußtlosen Mann u. a. eine Geldtasche mit 2000 Lewa, füllten ihm den Mund mit Kot und ließen ihn in der kalten Winternacht liegen. Erst am nachfolgenden Tage wurde Mittef, aus zahllosen Wunden blutend, mit zerbrochenen Armen und Beinen aufgefunden und ins Krankenhaus überführt. Das ist nur ein symptomatisches Beispiel von den unzähligen Gewaltakten.

Es ist kein Wunder, daß unter diesen Umständen die bisher vorliegenden Wahlergebnisse einen überlegenen Erfolg der Regierungsparteien zum Ausdruck bringen. In Hunderten von Ortschaften weist die Opposition nicht eine Stimme auf.

Kandidat Hannemann verhaftet

Lodz. Hier wurde am Dienstag der Spitzenkandidat der Liste Nr. 34 (Unabhängige Sozialisten) Jan Hannemann auf dem Bahnhof in dem Augenblick verhaftet, als er aus Bromberg hier eingetroffen war. Der Grund der Verhaftung ist nicht bekannt, man weiß nur, daß Hannemann am Sonntag in Bromberg zwei Wahlreden gehalten hat.

Die P.P.P.-Männer freigesprochen

Das Warschauer Appellationsgericht prüfte die Berufungsklage der beiden Organisatoren der „Pogotowie Patrjotów Polskich" (Alarmbereitschaft polnischer Patrioten) Jan Pentoslawski und Tomasz Lubienski, die im Jahre 1926 zu Festungshaft verurteilt wurden. Das Appellationsgericht hob das Urteil des Bezirksgerichts auf und sprach Pentoslawski und Lubienski frei.

Die erste Goldsendung Sowjetrußland in Amerika eingetroffen

Neuyork. Bei der Nationalbank sind fünf Millionen Dollar in Gold aus Sowjetrußland eingetroffen. Es ist dies die erste russische Goldverschickung nach Amerika, seit Bestehen der Sowjetunion.

Kein Reichstagsmandat für Wirth?

Berlin. Wie der „Abend", das Organ des „Vorwärts" meldet, besteht im Vorstand der badischen Zentrumspartei ernsthaft der Plan, auf die Reichskandidatur des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth zu verzichten. Wirth solle dem gegenwärtigen badischen Landtagspräsidenten Baumgärtner Platz machen, dem auf der Kandidatenliste der gegenwärtigen Reichsfinanzminister Dr. Köhler folgen solle. Aus Zentrumskreisen verlautet hierzu, daß sich der badische Parteivorstand mit der Kandidatenfrage noch nicht beschäftigt habe.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

48)

Verwirrt entgegnete Ove:

„Ich wußte nicht, Herr Minister, daß Sie so genau über mich und meine Mission orientiert sind."

War es ein Irrtum? Oder glomm ein Lächeln in den Augen des Ministers auf?

„Nicht wahr, Herr Boye, Sie haben in der Rue Solferino gewohnt?"

„Gewiß."

„Im Hotel d'Orleans?"

„In der Tat, Herr Minister."

„Sie haben in der Rue de Rivoli, im Bureau des Herrn Bob Bantam, gearbeitet? Und Sie haben gelegentlich eine Dame heimbegleitet, die eine Villa in der Rue Brunel besaß?"

Die beiden blickten sich an; der Minister wandte die Augen hinüber zu Helene Jermolow als ob er von ihr die Bestätigung seiner Worte erwarte.

„Sie sehen, ich bin immerhin einigermaßen informiert. Das Attentat, das ein gewisser Doktor Lenoir, der aus der Mongolei in Paris eintraf, auf Bob Bantam verübt hat — beiläufig: an der Place de la Concorde — dies Attentat hat Sie zum erstenmal ein wenig wankend gemacht? Zum mindesten aber Sie, gnädige Frau. Stimmt es?"

Helene vermochte kaum die Antwort zu finden.

„Auf alle Fälle hat dies Attentat die direkte Folge gehabt, daß Sie eine wichtige und fundamentale Neuigkeit erfuhren: nämlich, daß Ihr Gatte, der Serologe Doktor Jermolow, unschuldig war. Und daß in Wahrheit Bob Bantam jene gefährliche Sabotageaktion gegen die mongolische Eisenbahn inszeniert hat."

„Ich sehe mit Erstaunen, Herr Minister," sagte Helene, die sich zuerst von ihrer Bestürzung erholte, „daß diese Reise fast unnötig gewesen ist: denn alle Dinge über die wir Sie unterrichten wollten, sind Ihnen bereits bekannt."

„Und nun, da Sie mir, als Fazit Ihrer Tätigkeit in der Mongolei, selbst die Eröffnung machen, daß Einar Gamberg unschuldig ist — nun werde ich mich wohl oder übel Ihrer besseren Kenntnis der Sachlage beugen müssen. Allerdings: ich werde einige Fragen stellen müssen, die vielleicht nicht so ganz leicht zu beantworten sein werden — gleichwohl, ich muß es noch einmal sagen, wollen wir vorher noch ein wenig von Ihnen sprechen. Wenn es in der Tat so ist, daß Sie nach Kopenhagen gekommen sind, um für Gamberg, für den unschuldigen Gamberg, Zeugnis abzulegen, so muß ich Ihnen bekennen, Herr Boye: Sie haben nicht nur Herrn Gamberg, Sie haben in Wahrheit Ihrem Vaterlande einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Denn nicht nur der gute Name des Angeklagten stand auf dem Spiel — das Prestige Dänemarks selbst ist in Gefahr gewesen. Sie, Herr Boye — wenn nicht alles täuscht — Sie haben es durch Ihr Kommen gerettet."

Aufatmend sagte Boye:

„Ich werde glücklich sein, wenn es so ist. Und — ich brauche es kaum zu sagen — ich bin bereit, die Strafe auf mich zu nehmen, die ich verdient habe."

Das Lächeln in den Augen des Ministers vertiefte sich. „Jetzt bin ich es, Herr Boye, der ein Geständnis zu machen hat. Bitte verraten Sie uns nicht — wir haben ein gewagtes Spiel getrieben. Nämlich: die Behörde hat gewußt, daß Frau Wassiliew in irgendwelcher Beziehung zu den Intrigen stand, die um die Mongoleibahn spielten. Welcher Art diese Intrigen waren, darüber haben wir uns vergeblich den Kopf zerbrochen; ja, wir wußten zunächst nicht einmal recht was diese Intrigen bezweckten. Hätten wir Frau Wassiliew entlassen, so wäre ihre Spur verloren gewesen; hätten wir sie in Haft behalten, so wären Verbrechen geschehen, die so geschickt kombiniert waren, daß ganz Europa auf Gamberg gewiesen hätte. Auf einen der hervorragendsten Bürger unseres Landes! Der eine Weg war so ungangbar wie der andere. Wir verfielen auf einen dritten."

Der Minister räusperte sich. Er sah auf Ove; Ove saß erwartungsvoll, ungläubig; er blickte auf Helene, die in verwirrter Gespanntheit lauschte.

„Es hilft nichts, ich muß die Dinge beim rechten Namen nennen. Wir haben Sie mit Frau Wassiliew ungehindert Ihrer Wege gehen lassen. Das war, wir haben es nach endlosen Konferenzen gefunden, die einzige Möglichkeit: die Gegner in Sicherheit zu wiegen. Je mehr Beamte wir auf die Spur gesetzt hätten — desto vorsichtiger wäre die Gegenpartei geworden: jene Gegenpartei, der zehnmal mehr Mittel zur Verfügung standen als uns. Nun, Herr Boye, wir haben uns in Ihnen nicht getäuscht. Sie sind zurückgekehrt, wie wir es erwartet hatten. Sie haben uns das Gelingen Ihrer Mission gemeldet. Sagen Sie selbst: was sollen wir tun? Wir sind Ihre Mitschuldigen, wir haben Sie entweichen lassen. Im Ernst: steht es uns zu, Sie zu bestrafen? Ich muß die Antwort selbst geben: wir könnten Sie nur bestrafen, wenn wir uns mit bestrafen würden. Das aber möchten wir aus verschiedenen Gründen nicht gern tun. Ich muß Ihnen daher die Eröffnung machen, Herr Boye — und auch Ihnen, Frau Wassiliew: daß Sie beide frei sind."

Eben wollte Ove eine betroffene Antwort geben, als sich die Tür auftat und das zweite Wunder dieses Tages geschah: durch diese Tür trat kein anderer ein als Bob Bantam.

„Herr Minister," sagte er in seiner freundlichen und völlig unbefangenen Art, die selbst in diesem Raume wie eine Selbstverständlichkeit wirkte, „es wäre möglich, daß man mein Zeugnis brauchen könnte. Ich bin, Sie entschuldigen, Bob Bantam. Diese beiden hier, Herr Boye und Frau Jermolow, sind in einer Situation, die vielleicht ein wenig gefährlich ist. Ich möchte sie nicht ohne meinen Beistand lassen — denn sie sind so ziemlich die einzigen Menschen, die mir wirklich lieb gewesen sind. Ich darf Ihnen also feierlich versichern — schließlich muß ich es wissen —, daß Herr Gamberg mich niemals und mit keinem Worte zu einer Sabotierung der Mongoleibahn aufgefordert hat — daß er in der Tat makellos aus dieser Angelegenheit hervorgeht."

„Einen Augenblick", sagte der Minister und ging ins Nebenzimmer, wo er einen Auftrag erteilte.

„Eins müssen Sie mir noch sagen, Herr Bantam", der Minister schloß die Tür wieder hinter sich — „Sind Sie es gewesen, der Frau Wassiliew den Streich mit ihrer Verhaftung gespielt hat?"

Bantam sah schuldbewußt auf Helene und nickte. „Leider blieb mir nichts anderes übrig. Es wäre sonst vorzeitig Licht in diese Angelegenheit gekommen; deshalb mußte ich sie außer Gefecht setzen. Und nun, Herr Minister, nun sehe ich ein, daß ich Ihrer Loyalität auf Gnade und Ungnade ausgeliefert bin. Sollten Sie etwa den Wunsch haben meine Anwesenheit in Ihrem Lande zu meinem Nachteil auszunutzen — so kann ich Sie, so sehr ich dies bedaure, nicht daran hindern."

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

„Hochzeit machen ist wunderschön“

Heiratslustige Leutchen können niemals schnell genug im „Hafen der Ehe“ landen, und besonders konnte man das jetzt seit Weihnachten bemerken, wo sich alles junge Volk nur so dazu drängte, um ja noch vor Beginn der sogenannten Fastenzeit „unter der Haube“ zu sein. So geschah es auch vor einigen Tagen in Ruda, wo ein Pärchen den „Bund fürs Leben“ schließen wollte. Natürlich wurde nach der Trauung ein Tanzkränzchen veranstaltet, bei dem es aber leider zwischen einzelnen Personen aus der Verwandtschaft zu Zank und Streit kam. Schließlich endete das Ganze mit einer schneidigen Keilerei, so daß der Saal vorzeitig geräumt werden mußte. Aber der junge Ehemann schien noch nicht genug davon zu haben; denn kaum in seinem Hause angekommen, packte ihn die Wut, so daß er diesen Kraftüberschuß unbedingt austoben mußte. Infolgedessen schlug er zunächst sein junges Weibchen (!!) machte aus dem schönen Hochzeitsgeschirr einen ansehnlichen Haufen Scherben (diese sollen ja bekanntlich Glück bringen) und demolierte auch einen Teil der Möbel. Schließlich mußte sich die Polizei des tatenlustigen Ehehelden annehmen und brachte ihn in ein sicheres Gewahrsam, von wo aus er dann in sein elterliches Haus zurückkehrte. Dort denkt er wahrscheinlich über die Bedeutung des Schillerwortes nach: „Drum prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich das Herz zum Herzen findet.“

So spaßig so eine Sache vielleicht für die Nichtbeteiligten sein dürfte, so unabsehbare Folgen aber dürften solche Ereignisse, die keine Seltenheit sind, für die betreffende Familie selbst haben. In der jetzigen Zeit denkt die junge, heiratslustige Generation nicht an die Zukunft, sondern heiratet einfach in die Not hinein. Auch die Eltern sind mitunter sehr sorglos, sie sind eben froh, wenn die „Mäkels an den Mann“ gekommen sind. Ja, es kommen sogar Fälle vor, wo der Bräutigam noch militärpflichtig ist und die Eltern schriftlich versprechen, während der Dienstzeit das Pärchen zu ernähren. Das ist zwar sehr schön, aber bei den heutigen, schwierigen Wirtschaftsverhältnissen ist eine Arbeiterfamilie durchaus nicht in der Lage, solche Verpflichtungen zu erfüllen. Und was ist die Folge davon? Es kommt zum gegenseitigen Krach und endet meistens mit einem Bruch zwischen den Parteien.

Aber noch eine andere, unangenehme Sache spielt heutzutage eine Rolle. Gewöhnlich werden die Proletenhochzeiten mit großem Aufwand gefeiert. Außer der kirchlichen Trauung, die schon unnützes Geld kostet, wird meistens ein großartiges Mahl veranstaltet, dem dann ein Tanzvergnügen mit allem drum und dran folgt. Es wird leider nicht gefragt, ob es langt oder nicht, sondern einfach ein Haufen Schulden gemacht, die dann das junge Paar, statt sich dafür etwas Praktisches angelegt zu haben, mühsam vom kleinen **Einkommen** abzahlen muß. Und das allerschlimmste Uebel ist natürlich die **Wohnungsnot**, auf die ebenfalls keine Rücksicht genommen wird, man bleibt einfach in der elterlichen Stube, es kommen allmählich Kinder hinzu, die Anzahl an Personen mehrt sich, so daß meistenteils 2—3 Familien zusammenhausen, daß selbstverständlich kein glückliches Eheleben unter solchen Umständen geführt werden kann, ist klar, denn junge Eheleute brauchen das Alleinsein, um sich ineinander einzuleben und dies noch mehr, wenn erst durch Kindersegen Sorgen und Mehrarbeit ins Haus kommen.

All diese Dinge aber haben eine starke soziale Färbung und können nur gelöst werden, wenn der Wohnungsnot gesteuert wird. Solange aber das Proletariat weiterhin damit zufrieden ist, wie das Vieh zusammenzuhausen, solange wird auch keine Aenderung in dieser Angelegenheit erfolgen. Vor allem aber brauchen wir eine Interessenvertretung im Parlament, solche Pläne zugunsten des arbeitenden Volkes Wirklichkeit werden zu lassen. Am 4. März bietet sich die Gelegenheit, solche Abgeordnete zu wählen, die auch diese Herzensnot, die aus den schlechten Wohnverhältnissen entsteht, begreifen, und diese können nur aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sein und sind daher in der sozialistischen Einheitsfront zu finden. **Wer daher eine vernünftige Wohnungspolitik wünscht, der wählt am 4. März die Liste der D. S. A. P. und P. P. S., die Liste**

2

Polizeiliche Revisionen

Um dem Pfuscherunwesen, welches in letzter Zeit auch im Damenschneiderinnen-Gewerbe größere Formen annimmt, erfolgreich Einhalt zu gebieten, sah sich die Handwerkskammer in Kattowitz veranlaßt, die notwendigen Schritte einzuleiten. Auf besondere Veranlassung werden in allernächster Zeit in den Damenschneiderinnen-Werkstätten, vorwiegend jedoch in Privatwohnungen, in denen dieses Gewerbe ausgeübt wird und Hilfskräfte beschäftigt sind, durch Polizeiorgane Revisionen durchgeführt. Es wird festgestellt, ob die Inhaberin der jeweiligen Werkstatt bezw. des Unternehmens den Befähigungsnachweis als geprüfte Damenschneiderin, welche die Meisterprüfung abgelegt hat, nachweisen kann und ferner zur Anleitung bezw. Ausbildung von Lehrkräften berechtigt ist. Bisher ist wiederholt die Wahrnehmung gemacht worden, daß von nicht anerkannten und ungenügend ausgebildeten Kräften (private Schneiderinnen), Lehrmädchen zur Arbeit herangezogen werden, deren Lehrzeit bei der Anmeldung zur Gehilfinnenprüfung in Zukunft nicht angerechnet wird, um auch auf diese Art dem Pfuscherunwesen, welches üble Auswirkungen nimmt, zu steuern. Demzufolge können Berücksichtigungen und Ausnahmen nicht mehr erfolgen. Andererseits wird in allen Uebertretungsfällen gegen die Ausführungsbestimmungen der Gewerbeordnung, die bei den polizeilichen Ermittlungen festgestellt werden, eine strenge Bestrafung der schuldigen Personen angenommen.

Die Klassifikation im Bergbau

Die Klassifikation der Förderleute und Tagearbeiter nach Alter und Fähigkeit deuten sich viele Grubenbeamte anders aus, als sie gemeint wurde. Auf Verlangen der älteren Förderleute und Tagearbeiter hat die Arbeitsgemeinschaft diese Klassifikation beim Arbeitgeberverband beantragt und auch vereinbart. Viele von den Förderleuten und Tagearbeiter beachten diese als eine Lohnverhandlung und dachten sich besser zu stellen, was aber nicht der Fall ist. Die Arbeitgeber dagegen wollen wiederum dabei profitieren und haben den jüngeren Leuten auf manchen Gruben die Löhne stark reduziert, was eine große Erbitterung unter diesen Arbeiterkategorien hervorgerufen hatte. Es kommt noch hinzu, daß seitens derjenigen Organisationen, welche der Arbeitsgemeinschaft nicht angehören, bei Versammlungen usw. gehetzt wird. Eine solche Klassifikation war schon vor dem Kriege besonders auf den fiskalischen Gruben, wo die älteren Leute immer mehr verdienten als die jüngeren. Wenn man aber dazu übergeht und manchem Arbeiter den Lohn um 50 bis 80 Groschen pro Arbeitstag reduziert, dann kann eine solche Klassifikation dem Arbeiter nur schaden. Man muß aber abwarten, wie sich diese Klassifikation nach Ablauf eines Monats auswirken wird, denn dann wird man ein Gesamtbild von allen Bergwerken haben und dann wird dazu Stellung genommen werden müssen. Es war keine Absicht der Arbeitsgemeinschaft, diese Arbeitskategorien zu schädigen, sondern eine Regelung der Bezahlung auf Verlangen der älteren Förderleute und Tagearbeiter vorzunehmen.

Eine weitere Erbitterung unter der Bergarbeiterschaft herrschte über die Verschleppung der geforderten Lohnerhöhung durch den Schlichtungsausschuß. Man will wahrscheinlich diese Angelegenheit bis nach den Wahlen verschieben, um die Arbeiterschaft nicht in Verzweiflung zu bringen. Aber schon jetzt kann man ruhig sagen, daß man in Arbeiterkreisen und auch in Regierungskreisen an eine Lohnerhöhung wenig denkt. Heute ist unsere Politik wieder soweit vorgeschritten, daß die Regierung nicht die Arbeiterschaft sondern die Arbeitgeber in Schutz nimmt. Der Arbeiter kann nur dadurch seine Interessen wahrnehmen, in dem er seine Stimmer der

Liste 2

gibt.

Schlesischer Sejm

Protest des Marschalls gegen die „Polska Zachodnia“ — Weitere Anklagen Korfanty's — Annahmen der Resolutionen — Die Etatsrede des Wojewoden

Kattowitz, den 22. Februar.

Wollte man den Wert der Autonomie und des schlesischen Sejms nach dem Interesse bewerten, welchem ihm anläßlich seiner Mittwochsitzung zu Teil wurde, so würde dies für den Fortbestand dieser Institutionen der beste Beweis sein, wenn auch der Verlauf der Sitzung selbst weniger glücklich war. Schon der Auftakt bot ein unangenehmes Bild und man wurde an die Zeit der kommunistischen Agitation gegen den schlesischen Sejm erinnert, denn die ganzen Gebäudlichkeiten waren von starken Polizeikräften besetzt und nur der erhielt Eintritt, der schon tagsvorher sich mit einem Eintrittsbillett versah und die Passanten wurden einer strengen „Aufsicht“ unterzogen. Für manchen der Besucher, soweit sie dem schlesischen Aufständischen-Verbande angehörten, wird der Besuch zwar weniger gut bekommen sein, aber immerhin wußten die Herren Ruhe zu wahren und förderten dadurch den ruhigen Verlauf der Sitzung. Nicht nur die Tribüne war voll besetzt, sondern auch alle anderen freien Plätze und Plätzchen und auf den Journalistentribünen waren hohe Gäste, dafür hatten die Redakteure selbst weniger günstigere Plätze und wie bei anderen Gelegenheiten, so zog es auch diesmal die hohe Regierung samt dem ganzen Stabe der Referenten vor, sich die Reden gegen die Mißbräuche der Behörden zu Wahlzwecken nicht anzuhören, man prangte mit stolzer Abwesenheit, was ja jetzt als eine vornehme Art der Verteidigung gilt. Früher war es ein wenig anders, da hat man wenigstens den Mut aufgebracht, Unwahrheiten richtig zu stellen und wir wollen die Abwesenheit der Behörden oder der Regierung nicht damit in Verbindung bringen, daß alles, was gestern wieder Herr Korfanty vom Stapel gelassen hat, auf reiner Wahrheit beruht. Jedenfalls kam das Publikum auf seine Kosten und gewisse Elemente, die dem schlesischen Sejm für gestern ein Begräbnis in Aussicht gestellt haben, werden sich davon überzeugen müssen, daß er noch recht lange leben wird, denn nach der Budgetrede des Herrn Wojewoden hat es immerhin den Anschein, daß alles in Butter verläuft; denn die in Aussicht genommene Etatsberatung, hat sich durch die Wahlreden der besten Argumente schon entledigt. Und inzwischen werden ja die Wahlen selbst zur Beruhigung beitragen. Auch gestern haben „intelligente“ Parteiführer für Erheiterung gesorgt und zwar Herr **Szuszik**, der durchaus nachweisen wollte, daß er berufen ist, eine Erziehungsanstalt zu leiten, während Herr **Korfanty** boshafterweise der Ansicht ist, daß eigentlich unser Vertreter der Liste 1 selbst noch einer solchen Erziehungsanstalt für sich persönlich bedarf. Aber diesen Streit wollen wir nicht entscheiden, Korfantys Annahme hat schon etwas Berechtigung für sich, wenn man Herrn Szuszik's Auftreten einem Werturteil unterziehen soll. Und dann hat auch Herr **Foikis** eine Rede vom Zaun gebrochen, er hat uns bewiesen, was für ein guter Mann doch der Wojewode ist und wie sehr er die Schlesier liebt und als einziger hat er auch während der Budgetrede dem Wojewoden immer beigepflichtet, wenn auch stets an **unangebrachter** Stelle. Wir wollen Herrn Abgeordneten Obrzud, dem Führer der N. P. R. absolut nicht zu nahe treten. Aber was er gestern an die Adresse der Presse gerichtet hat, war falsch angebracht, denn es erweckt fast den Anschein, daß er Zeitungen nicht zu lesen versteht oder daß die „Polska Zachodnia“ auf ihn einen überwältigenden Eindruck macht, so daß er Politik von persönlicher Zeitungskloake nicht mehr unterscheiden kann. Daß er für die Liste 1 und die Regierung ist, daß war nicht nötig uns erst durch die „Kaninchentreue“ irgend eines Schulbuben aus Galizien zu beweisen und die Erheiterung, die sein Auftreten anläßlich der gestrigen Sitzung im ganzen Hause auslöste, wird immerhin ein Gedenkblatt im Schlesischen Sejm sein. Die Abgeordneten haben zähe Ausdauer bewiesen, denn die Sitzung dauerte bis über 9 Uhr abends hinaus.

*

Nach der Eröffnung der Sitzung, die 11 Punkte umfaßte, von denen indessen nur 4 Punkte zur Erledigung kamen. teilte der Marschall mit, daß der Abgeordnete Gwosdz, der wegen verschiedener Schiebungen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, sein Mandat niedergelegt hat. Hierauf benutzte der Sejmmarschall die Gelegenheit, um namens aller Abgeordneten gegen die „Polska Zachodnia“ den **schärfsten** Protest zu erheben, weil sie den Aufruf des Aufständischenverbandes gegen Korfanty brachte, der zur Gewalt auffordert. Der Marschall fordert von den Behörden, daß sie in rücksichtsloser Weise gegen solche Aufforderungen zur Gewalt vorgehen, gleichgültig, um wen es sich handelt. Der Abgeordnete ist nur seinem eigenen Gewissen verantwortlich und niemand hat das Recht ihn wegen seiner Ueberzeugung mit Mordplänen zu verfolgen. Besonders scharf wendet sich der Sejmmarschall gegen die Einzelnen, die die Unterschriften unter diesen Aufruf geleistet haben, worunter sich auch **ein Bürgermeister** befindet, der in erster Linie berufen ist, die Gesetze zu befolgen, die der Sejm beschließt. Der schlesische Sejm stehe indessen zu hoch, als daß man ihm in Organen vom Schlage der „Polska Zachodnia“ irgend welche Vorwürfe machen könnte.

Abgeordneter Korfanty schlägt hierauf vor, die ersten beiden Punkte der Tagesordnung zu verbinden und zwar den Dringlichkeitsantrag wegen **Mißbrauch der Behörden zu Wahlzwecken** und einseitige Beeinflussung für eine Partei, sowie den Antrag **gegen die Polizeidirektion**, welche die Veröffentlichung der stenographischen Berichte der letzten Sejmsitzung konfisziert hat. In diesem Antrag wird der Wojewode aufgefordert, die Polizei dahin zu unterrichten, daß die Beschlagnahme der „Polonia“ sofort freigegeben wird.

Wir müssen es uns versagen, die Rede des Abgeordneten Korfanty mit Rücksicht auf das bestehende Pressedekret wiederzugeben, da sie sowieso der Beschlagnahme verfallen würde. Es waren wieder heftige Angriffe gegen den Mißbrauch der Behörden im Wahlkampf und scharfe Angriffe auf den Wojewoden. Betreffend des Schreibens des Wojewoden schlug Korfanty vor, es nicht zur Kenntnis zu nehmen und forderte zum zweiten Antrag sofortige Freigabe der beschlagnahmten „Polonia“.

Nach Korfanty sprach Herr Foikis, der sich sehr scharf gegen die Arbeit des Westmarkenvereins ausdrückte und diesem die Schuld an den Pressionen auf die Beamtenschaft zuschrieb, die Korfanty dem Wojewoden unterschiebt. Nach seiner Meinung ist der Wojewode ein guter Mensch, der viel für die Schlesier tut und auch in Schlesien bereits vieles zum Besseren gebracht hat.

Abgeordneter Genosse Machej erwartete, daß die Behörden auf die Angriffe des Herrn Korfanty geantwortet hätten und nicht dafür die Zeitungen beschlagnahmen, soviel müsse man schon von den Behörden verlangen. Korfanty hätte am Aschermittwoch selbst eine Büßerkutte anlegen sollen, denn manche Dinge sind erst durch ihn selbst in Oberschlesien eingeführt worden, über die er sich jetzt beklagt. Was den Brief des Wojewoden betrifft, so ist er für die Verweisung desselben an die Rechtskommission, damit diese feststelle, welche Kompetenzen der Sejm hat. Jedenfalls ist die Autonomie in der Verfassung garantiert und darum müsse sie auch vom Wojewoden geachtet werden. Die Beschlagnahme stenographischer Berichte aus dem Sejm durch die Polizeidirektion sei unerhört und gegen die Verfassung, darum müsse dieser Antrag sofort angenommen werden.

Zur Erheiterung der Gemüter trugen dann die Reden der Abgeordneten Szuszik und Obrzud bei, auf die nicht näher eingegangen zu werden braucht.

Nunmehr sprach Herr Dr. Pant vom deutschen Klub, der sich für die Anträge Korfantys aussprach und insbesondere unter der Adresse des Wojewoden die Anfrage richtete, ob es ihm bekannt sei, daß verschiedene Maßnahmen getroffen sind, um den Wahlgang zu stören und ob er gewillt ist, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Nach vorliegenden Beweisen sind wiederum Terrorfälle geplant, wie sie sich in Pschow gegen Deutsche ereignet haben. Darüber wird noch später gesprochen werden. Herr Pant wiederholt seine Anfrage an den Wojewoden, was er zu tun gedenke und ist für die Anträge der Sozialisten, nachdem es vorher zwischen ihm und dem Abgeordneten Machej zu Differenzen kam. Korfanty antwortet dann nochmals und macht seine ehemaligen Freunde Obrzud und Szuszik lächerlich, worauf der Antrag betreffend des Briefes des Wojewoden hinsichtlich der Kompetenzen des schlesischen Sejms der Rechtskommission überwiesen wurde, welche ihren Bericht schon in der nächsten Sitzung vorlegen soll. Der Antrag betreffend die Freigabe der „Polonia“ wurde angenommen und dem Wojewoden überwiesen.

Der Wojewode hielt dann eine zweistündige Etatsrede, wonach in unserer Wojewodschaft alles in Butter ist. Nachdem Oppositionsreden beschlagnahmt werden, halten wir es nicht für angebracht, die Lobrede des Wojewoden auch nur in Einzelheiten wiederzugeben.

Die nächste Sitzung des Schlesischen Sejm findet am kommenden Dienstag statt.

Wiederum beschlagnahmt

Die gestrige Ausgabe des „Volkswille“ ist wiederum beschlagnahmt worden und zwar wegen des Artikels „Karol Dollarkowicz“.

Bestätigt

Uchwała.

Pierwsza Izba Karna Sądu Okręgowego w Katowicach po wysłuchaniu zdania Prokuratora, dnia 14. lutego 1928 orzekła:

Zatwierdza się zajęcie dziennika „Volkswille“ stronnica 3 z dnia 10. lutego 1928 Nr. 33 zarządzonego przez Dyrekcję Policji w Katowicach z dnia 9. lutego 1928 na podstawie art. 76 Rozp. Prez. Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 10. maja 1927 Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej, 45 poz., 388,392.

Zakazuje się rozpowszechniania zajętych stronnic pisma „Volkswille“.

Nakazuje się ogłoszenie niniejszego orzeczenia w najbliższym numerze pisma.

Uzasadnienie.

W numerze 33 gazety „Volkswille“ z dnia 10. lutego 1928 na stronnicy 3 podano artykuł pod tytułem „Korfanty klagt Grażyński an“, którego treść dotyczy interpelacji posła Korfantego w Sejmie Śląskiego

skim w sprawie wyborów. Posiedzenie było jawne i w artykule podano treść przemówienia.

W danym wypadku w treści przemówienia mieszczą się znamiona przestępstwa z § 131 u. k. i art. 1 Rozporządzenia Prezydenta o prawie prasowem, gdyż poseł zarzucił urzędnikom nadużywanie władzy, szerzenie gwałtów, korupcję i szafowanie groszem publicznym. Takie twierdzenia biorąc pod uwagę stosunki państwowe zewnętrzne polityczne w wysokiem stopniu szkodzą państwu, zmniejszają jego powagę i podają urządzenia państwowe i zarządzenia władz w wątpliwości oraz szerzą niepokój między obywatelami.

Jakkolwiek więc jest to sprawozdanie z jawnego posiedzenia sejmu, to jednak nie jest chronione przez imnunitet prasowy przewidziany w art. 19, ust z 15. lipca 1925 o autonomji Województwa Śląskiego Dz. U. Rz. P. Nr. 73 poz. 497, gdyż artykuł ten zapewnia tylko bezkarność podmiotową sprawcy, nie zabrania natomiast władzy badał, czy dana interpelacja lub przemówienie w sejmie nie zawiera znamion przestępstwa, a więc nie zabrania stosować przepisów postępowania przedmiotowego, aby zapobiec rozszerzaniu się zaistniałego, a podmiotowo bezkarnego przestępstwa przy zastosowaniu środków prewencyjnych.

Skoro zatem stwierdzonem zostało, że treść przewinienia zawiera znamiona przestępstwa, a postępowanie przedmiotowego badania go, nie jest zabronione przez art. 19, ust. z 15. lipca 1920 Dz. U. Rz. P. Nr. 73, poz. 497, przeto należało zajęcie zatwierdzić.

Zakaz rozpowszechniania i nakaz ogłoszenia orzeczenia zasądza się na przepisie art. 77 ust. o prawie prasowem.

Orzeczenie niniejsze doręcza się 1. Prokuratorowi 2. Dyrekcji Policji w Katowicach, 3. wydawcy, 4. odpowiedzialnemu redaktorowi czasopisma, a nadto wywiesza się w Sądzie i ogłasza w gazecie urzędowej.

Katowice, dnia 18. lutego 1928 roku.

I. Izba Karna Sądu Okręgowego w Katowicach.
(—) Borodzic. (—) Dr. Ziółkiewicz.

Wypisano.
Katowice, dnia 21. lutego 1928 r.
Sekretarz Sądu Okręgowego.

Kattowitz und Umgebung

Brände. Am Mittwoch brach in der Schrotmehlfabrik auf der ulica Mieroszewskiego 6 im Ortsteil Bogutschütz Feuer aus. Es brannte das Dach über dem Fabrikationsraum. Das Feuer soll auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen sein und entstand angeblich infolge Ueberheizung eines eisernen Ofens. In knapp einer Stunde wurde der Brand gelöscht. — In dem Hausgrundstück ulica 3-go Maja 32 in Kattowitz entstand am Dienstag Feuer und zwar geriet dortselbst im Kellerraum eine Holzwand in Brand. Ein wesentlicher Schaden war nicht zu verzeichnen, da der Brand in kurzer Zeit gelöscht worden ist.

Ein Jahr Zuchthaus für eine Hebamme. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde gegen die Hebamme Franziska Sz. aus Kattowitz und die Gutsarbeiterin Barbara Sp. aus Wyrek vor dem Landgericht in Kattowitz verhandelt. Die Anklage lautete für beide angeklagten Frauenspersonen wegen Vergehen gegen das keimende Leben und zwar hatte die Hebamme an der mitbeschuldigten Gutsarbeiterin einen unerlaubten Eingriff vorgenommen. Laut Sachverständigen-Gutachten und Zeugenaussagen stand ein Verschulden beider Teile einwandfrei fest. Die Hebamme wurde zu 1 Jahre Zuchthaus verurteilt. Sechs Monate Gefängnis erhielt die Gutsarbeiterin, welcher jedoch 2 Jahre Bewährungsfrist zugebilligt worden sind.

Wählerversammlung in Josefsdorf. Kurz nach 4 Uhr nachmittags eröffnete Genosse Copik die Versammlung, die von etwa 50 Genossen besucht war. Von der P. P. S. erschien als Referent Genosse Sejmabg. Machej, von der D. S. A. P. Genosse Jarczyk. Da Genosse Machej eine öffentliche Versammlung in Domb hatte, mußte sein Referat als letzter Punkt der Tagesordnung verschoben werden. Genosse Jarczyk wies darauf hin, daß uns nur noch wenige Tage vom 4. März, dem hoffnungsreichen Tage trennen. So wie es einem Lehrling nach beendeter Lehrzeit vor dem Gesellenexamen geht geht es auch uns. Ist es doch das erste Mal, daß sich die klassenbewußte Arbeiterschaft, ob polnisch oder deutsch, zum Kampfe gegen Kapitalismus, Imperialismus und gegen Faschismus zusammengefunden hat, treu dem Spruch: „Proletarier aller Länder vereinigt euch". Referent ermahnte die Anwesenden, so wie die Frauen, mit allen Kräften für die Liste Nr. 2 zu werben. Denn: „Nicht betteln und bitten, nur mutig gestritten; nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht". Aber auch die Jugend soll sich an den Alten ein Beispiel nehmen. Sie soll sich dessen bewußt sein, daß die Zukunft auf ihr ruht. Die bürgerliche Presse arbeitet mit allen Schikanen, um die Stimmen der Arbeiterschaft zu erobern. Mit den Worten: Es rettet uns kein höheres Wesen usw. schloß Genosse J. sein Referat, welches mit Beifall aufgenommen wurde. In der darauffolgenden Aussprache, wies Genosse Jauernik daraufhin, daß in Deutschland etliche 10 000 Arbeiter ausgesperrt sind und auch dort die Wahlen vor der Tür stehen. Uns kann dasselbe passieren, und deshalb ist eine geschlossene Front der Arbeiterschaft notwendig. Gen. Szwadzba sprach über die Frauen. Diese sind verschiedenen Ideen und Neuerungen zugänglich. Jedoch sind sie noch von unserer Idee weit entfernt. Er sprach sich auch gegen das Radioprogramm aus, das auch sehr viel dazu beiträgt, die Dummheit zu erhalten. Ferner wies Szwadzba auf die Arbeiterbildungsvereine hin, in welchen die Jugend zu wahren Kämpfern der Arbeiterschaft ausgebildet wird. Da unterdessen Genosse Machej erschien, erteilte ihm der Vorsitzende das Wort zu seinem Referat. Er führte etwa folgendes aus. Vor jeder Wahl wird viel für die einzelnen Parteien geworben. Nach den Wahlen, wenn der Kapitalist mit dem Auto fährt, bespritzt er den Arbeiter mit dem Straßenkot. Anders ist es vor den Wahlen. Da ist er gewillt, diesen im Auto zu fahren, nur daß er die Arbeiterstimmen bei den Wahlen einheimsen kann. Unsere Agrarier schreiben sich nicht mehr Agrarier, sondern Bauern, weil der Bauer oder Arbeiter seine Stimme nicht Agrariern abgeben würde. Viel wurde uns schon, besonders hier in Oberschlesien versprochen. Jetzt ist der Kampf zwischen unsern Volksbeglückern entbrannt. An der Spitze aller marschiert die Sanacja, ein Pflaster gegen alle Krankheiten. In dieser ist alles vertreten, von den höchsten Regierungsstellen bis zum Mittelstand. Die Sanacja verlangt unterm anderen die Liquidation des 8-Stunden-Arbeitstages. Hier bei uns erwarb man sich für die Spitze einen Prälaten. Natürlich ist für Geld alles zu haben. Es gibt in Polen 608 Millionäre. Und nur durch die Arbeiter sind solche Leute reich geworden. Ein Arbeiter kann nicht reich werden. Er kann nur Steuern für die Reichen zahlen. Denn im Vergleich zum Einkommen zahlt ein Arbeiter die höchsten Steuern, aber Wohnungen baut man ihm keine. Die Bautätigkeit wird durch immerwährende Teuerungen und Steuern für die Baumaterialien gehemmt. Wenn wir in diesem Kampfe nicht siegen würden, brauchten wir in der Zukunft nicht mehr wählen gehen, da die Wahlreform so geändert werden würde, nur solche dann zur Wahl gehen dürften, die genug reich sind. Der Klerikalismus hat sich entzweit. Jedoch nur aufs Auge. Denn in Forderungen finden sich die Herren immer zusammen. Laut einer Meldung einer halbamtlichen Zeitung, wurde von diesen der Regierung ein Projekt unterbreitet, nach dem diese der Kirche 5 Milliarden Zloty für frühere gewaltsame Enteignung, unter russischer österreichischer und deutscher Herrschaft, erhalten soll. Und für 70 Millionen Dollar, die wir von Amerika erhalten haben, mußte die Regierung sich vieles gefallen lassen. Und diese Herren verlangen so eine Kleinigkeit. Darum müssen wir uns für unsere Sachen mehr interessieren und werben. Mit der Hoffnung, daß sich die beiden sozialistischen Parteien für immer verbinden möchten, schloß Genosse Machej seine Ausführungen, welche ebenfalls mit Beifall aufgenommen wurden. Es folgte eine, wegen der vorgerückten Zeit, kurze Aussprache. Schluß der Versammlung 7¾ Uhr abends.

Königshütte und Umgebung

Schlechte Eisenbahnverbindung. Königshütte nach Kattowitz, die größte Stadt der Wojewodschaft, hat eine äußerst schlechte Eisenbahnverbindung mit Stationen, wie Michalkowitz, Siemianowitz, Klein-Dombrowka und überhaupt mit Ortschaften, die östlich von der genannten Strecke liegen. Von da aus kann man nach Königshütte nur über Kattowitz oder Chorzow gelangen. Es wäre halb so schlimm, wenn man nicht auf den Zentralstationen gar oft stundenlang warten müßte. Diejenigen, die so viel Geduld nicht aufbringen können, und das werden mindestens 99 Prozent sein, wandern zu Fuß oft auch im größten Schmutz nach Königshütte. Es kommt z. B. aus der Richtung Klein-Dombrowka der Zug in Chorzow um 7,10 Uhr an. Aber pünktlich eine Viertelstunde vor Einlaufen des Zuges aus Klein-Dombrowak fährt bereits ein anderer Zug von Chorzow nach Königshütte weshalb dann einige hundert Passagiere, in der Hauptsache die Schuljugend, gezwungen sind, täglich eine 3-Kilometer-Wanderung von Chorzow nach Königshütte anzutreten. Es müßte sich doch eine Möglichkeit finden lassen, daß der Zug 525 von dem in dem Beispiel die Rede ist, aus Beuthen 18 Minuten später nach Königshütte abgelassen wird, damit er in Chorzow die Passagiere aus Klein-Dombrowka und Siemianowitz aufnehmen könnte. Das wäre nur ein Vorschlag. Ob er sich verwirklichen läßt, bleibt Sache der Eisenbahndirektion, die darauf bedacht sein müßte, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Ausbau der Kattowitzer Chaussee. Um dem schlechten Zustande, in dem sich gegenwärtig die sehr stark befahrende Chaussee die von Kattowitz über Königshütte nach Beuthen führt, nunmehr ein Ende zu bereiten, finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen den maßgebenden Stellen über die Verteilung der in diesem Jahre durchzuführenden Arbeiten statt. Nach den bisherigen Kostenanschlägen werden an Geldaufwendungen für das Projekt weit über 1 Million Zloty erforderlich sein. Was den Anteil der Stadt Königshütte anbelangt, so ist beabsichtigt, die Beuthenerstraße bis zur Grenze und die Kattowitzerstraße bis zum Kosciuszkopark zu pflastern. Wir dürfen zu der hiesigen Stadtverwaltung das Vertrauen haben, daß sie diese Aufgabe auch tatsächlich restlos zur Durchführung bringt. Wie aber steht es mit dem Teil der Chaussee durch Domb in Richtung Kattowitz? Gerade hier befinden sich fast in der ganzen Ausdehnung derartig viele größere und kleinere Löcher und Vertiefungen, daß man manchmal glauben möchte, der Wagen oder das Auto nehme seinen Weg über ein mit Granattrichtern besätes Gelände. Diese Verhältnisse sind nicht nur rückschrittlich, sondern besonders für den Wagenverkehr im höchsten Grade schädlich und bedürfen einer gründlichen und sofortigen Abstellung, die über das Maß unbedeutender Aufschüttungen hinausgehen müssen.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Silberne Hochzeit. Am Freitag den 24. d. Mts., begeht unser Kamerad Karl Wieczorek aus Bismarckhütte, ul. Dluga, mit seiner Ehefrau das Fest der silbernen Hochzeit. Wieczorek als alter Klassenkämpfer bekannt, ist seit 1905 ununterbrochen Mitglied des deutschen Bergarbeiterverbandes und jahrelanges Mitglied der Partei. Wieczorek hat sich um die Bewegung in Bismarckhütte sehr verdient gemacht und war auch jahrelang der Vertrauensmann der Zahlstelle. An dieser Stelle übermitteln wir ihm unsere herzlichsten Glückwünsche zu diesem frohen Feste und rufen ihm zu „Glück auf" zur goldenen.

Bismarckhütte. (Wählerversammlung.) Am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, fand hier im Saale des Herrn Swienty eine ziemlich gut besuchte Wählerversammlung des sozialistischen Wahlblocks statt. Als Referenten erschien von der D. S. A. P. Genosse Herrmann, von der P. P. S. die Genossen Barchwicki-Warschau und Bobek. Genosse Barchwicki sprach über die politische Lage Polens und beleuchtete so gründlich die bisherige Politik der bürgerlichen Parteien. Genosse Herrmann referierte über den Zusammenschluß der Parteien und die Bedeutung derselben für die Arbeiterschaft über die Zusammensetzung des bisherigen Sejms den Aufmarsch der Parteien in der Wojewodschaft und richtete an die Anwesenden besonders die Frauen, den Appell für die Liste 2 einzutreten. Genosse Bobek ergänzte die beiden Referate, indem er mit den nationalen Parteien gründlich abrechnete. Die Referate wurden mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. In der Diskussion sprachen 2 Redner, die die Ausführungen der Referenten unterstrichen. Von der Einheitsliste meldete sich einer zum Worte, doch waren seine Ausführungen ohne Belang und als der Versammlungsleiter, Genosse Dygo, ihm die treffende Antwort gab, zog er es vor zu kapitulieren. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Liste 2 schloß der Versammlungsleiter die gut verlaufene Versammlung.

Börsenkurse vom 23. 2. 1928
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8.91¼ zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.98 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	212.90 zł
	1 Dollar	=	8.91¼ zł
	100 zł	=	46.98 Rmk.

Pleß und Umgebung

Knappschaftsältestenwahl auf Bradegrube. Am Dienstag, den 21. d. Mts., fand auf Bradegrube die Knappschaftsältestenwahl statt. Es bewarben sich 5 Parteien und zwar erhielten: Bergarbeiterverband (Biela Paul) 320 Stimmen; die Kommunisten (Czempa Alois) 142 Stimmen; die Polnische Berufsvereinigung (Wycislo) 101 Stimmen; der Polnische Zentral-Verband (Herzog) 87 Stimmen; der O. K. Z. Schreiber (Hanuszkiewicz) 23 Stimmen. Da nach § 115 Abs. 4 der Satzung der Fürstl. Plessischen Knappschaft keiner die absolute Mehrheit erhielt, so mußte gleich nach der ersten Wahl zur Nachwahl geschritten werden und zwar zwischen Biela Paul und Czempa Alois. Im zweiten Wahlgang marschierte der Bergarbeiterverband mit dem Polnischen Zentral-Verband und es erhielt Biela Paul 135 Stimmen, während die Kommunisten mit der Sanacja geschlossen gingen und 50 Stimmen bekamen. Es war merkwürdig als die Stichwahl angesetzt wurde, daß die Aufständischen Czagan und Jarek August sich eingesetzt haben für den Kommunisten und sogar Stimmzettel für Czempa verteilt haben. Trotz alledem wurde unser Kollege Biela Paul, Fördermaschinist, gewählt.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht. Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten 15.30 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend) 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst

Freitag, den 24. Februar. 16,30—18,00: Unterhaltungskonzert. 18.00: Stunde und Wochenschau des Hausfrauenbundes Breslau, Berufsorganisation. — 19,00—19,30: Uebertragung aus Gleiwitz: Abenteuer, Merkwürdigkeiten und wundersame Begebenheiten. — 19,30—20,00: Berichte über Kunst und Literatur. — 20.10: „Florian Geyer". Anschließend: Die Abendberichte. — 22,30: Schallplattenkonzert. Anschließend: Zehn Minuten Esperanto.

Kattowitz — Welle 422.

Freitag. 16.40: Vortrag. — 17.05: Berichte. — 17,20: Geschichtsstunde. — 17.45: Nachmittagskonzert. — 19.35: Vorträge. 20.15: Konzert aus der Warschauer Philharmonie. — 22.00: wie vor. — 22,30: Französische Stunde.

Warschau — Welle 1111,1

Freitag. 16.20: Vorträge. — 17.45: Mandolinenkonzert. — 19,05: Verschiedene Berichte. — 19.30: Vortrag. — 19,55: Musikalische Plauderei. — 20,15: Symphoniekonzert. — 22,00: wie vor.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Freitag. 11.00: Vormittags-Musik. — 16.15: Nachmittags-Konzert. — 17.20: Musikalische Kinderstunde. — 17.40: Wochenbericht für Fremdenverkehr. — 18.00: Die Entwicklung des Kunstliedes. — 18.30: Stunde der Kammern für Handel, Gewerbe und Industrie. — 19.00: Italienischer Sprachkurs A. — 19.30: Stunde der Volksgesundheit. — 20.05: Englischer Sprachkurs (Literaturkurs). — 20.30: Aufführung der ehemaligen Hofmusikkapelle.

Die Stunde fordert: Für jeden Ort ein Wahlkomitee! Für jedes Wahllokal mindestens einen Vertrauensmann! Für jedes Wahllokal zwei Stimmzettelverteiler! Flugblätter heraus! Stimmzettel der Liste in Bereitschaft halten! Erfülle Deine Pflicht durch Mitarbeit!



Der Klassenkampf im Zentrum

Die Arbeiterrevolte gegen die Zentrumsbureaukratie und die zurückgezogene Broschüre Stegerwalds.

Von Dr. Ludwig Quessel, M. d. R.

Die sozialdemokratische Presse hat dieser Tage den Kampf zwischen Arbeiter- und Beamtenführern im Zentrum einen „Klassenkampf" genannt, der sich durch das Manifest des Zentrumsausschusses vom 29. Januar „nicht beiseite schieben" lasse. Um diese Kennzeichnung der Revolte im Zentrum richtig zu verstehen, wird man sich daran erinnern müssen, daß das Besoldungsgesetz vom 16. Dezember 1927, das die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einer Erklärung vor der Endabstimmung als ein „unsoziales Klassensystem" brandmarkte, die oberen Besoldungsgruppen so hoch über die Klasse der übrigen Beamten gehoben hat, daß in der Tat im neuen Deutschland eine neue privilegierte Klasse geschaffen worden ist, die in ihrem Einkommen nicht bloß die frühere Oberschicht der Rentnerklasse überragt, sondern auch eine Sicherung ihrer hoch über den Mittelstand erhobenen Existenz durch das Ruhegehalt genießt, wie es sonst nur der größere Kapitalbesitz aufzuweisen hat.

Die unteren Beamtenschichten fühlen, obwohl das neue Besoldungsgesetz ihnen vorübergehend eine — durch die Preisinflation übrigens schon wieder stark gefährdete — Besserung ihrer Lebenslage gebracht hat, daß die Kluft zwischen Oben und Unten durch das Werk der Herren Marx und Köhler so sehr erweitert worden ist, daß auch der Befähigtste unter ihnen sie nicht mehr zu überspringen vermag. Es ist wirklich nicht, wie vielfach behauptet worden, die „ewige Unzufriedenheit" der unteren Besoldungsgruppen, sondern die klare Erkenntnis, daß das neue Besoldungsgesetz zu den Verhältnissen des Klassen- und Kastenstaates des kaiserlichen Deutschlands zurückführt. In der Tat, wer dieses Gesetz einer sorgfältigen Prüfung unterzogen hat, wird nicht glauben, daß der befähigte, ehrlich vorwärts strebende untere Beamte, dem politische Protektion nicht zur Seite steht, auf Grund eigner Tüchtigkeit jemals in die obere Sphäre des Beamtentums gelangen könnte.

Was die politische Protektion, die bei einer zu ausgedehnten Anwendung das eigentliche Wesen des Berufsbeamtentums, nämlich das durch langjährigen Dienst und Fleiß erworbene Können im Grunde in seiner Geltung abschwächt, anbetrifft, so hat diese allerdings in der Zentrumsfraktion beängstigende Formen angenommen. Auch wer unbedingt auf dem Standpunkt steht, daß die Beamten einen ihrer Bedeutung gerecht werdenden Einfluß im Reichstag haben müssen, wird nicht ohne schwere Bedenken den statistischen Nachweis lesen, daß das Zentrum im Reichstag vertreten wird durch siebzehn aktive, fünf Beamte im Ruhestand und durch sieben Personen, deren Bezüge von der Besoldung der oberen Beamtengruppen abhängig sind. Die Herren Köhler und Marx hatten also, als sie ihr famoses Besoldungsgesetz fabrizierten, in ihrer Fraktion rund 43 Prozent der Volksvertreter als Interessenten ohne weiteres hinter sich. Dazu kamen diejenigen, die Stegerwald in einem Interview der „Neuen Berliner Zeitung" vom 25. Januar als „Karrieremacher" bezeichnete, die die Zugehörigkeit zur Zentrumspartei lediglich als „Sprungbrett" benutzten, um schnell in die privilegierte Klasse der oberen Besoldungsgruppe zu gelangen.

Behält man diesen Zustand in der Zentrumspartei im Auge, so wird man den Aufschrei Stegerwalds verstehen, „in einem demokratischen Staat bestehe die stete Gefahr, daß sich die Beamten der Parteien und der Parlamentsführung bemächtigen und so praktisch der demokratische Staat wieder von seinen eignen Angestellten und Pensionären regiert wird". Auf die Masse der Beamten in den unteren Besoldungsgruppen bezogen, die bei der Reichsbahn, Reichspost und andren Staatsbetrieben ihrem schweren Tagwerk nachgehen und wirklich nur jenen Anteil an der Staatsregierung haben, über den die nichtbeamteten Staatsbürger durch ihr Wahlrecht auch verfügen, stellt Stegerwalds Auffassung einen offenbaren Unsinn dar; auf die Angehörigen der oberen Besoldungsgruppen angewandt, behält sie aber ihren guten Sinn. Nebenbei sei bemerkt, daß diese und ähnliche Auslassungen Stegerwalds in einer Broschüre zu finden sind, die er unter dem Titel „Zur Reform der Beamtenbesoldung" Ende 1927 im Christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25, hat erscheinen lassen, auf Betreiben der Prominenten im Zentrum, die zumeist ansehnliche Beamtengehälter einstreichen, jedoch aus dem Buchhandel zurückziehen mußte.

Häufig wird gesagt, daß die Besoldung der oberen Beamten nicht ins Gewicht falle, weil ihre Zahl zu „gering" sei. Diese Auffassung haben die Arbeiterführer im Zentrum gründlich zerstört. Nach ihren Angaben sind, wenn man seine Blicke nicht nur auf das Reich richtet, das nur einige Tausend oberer Beamten beschäftigt, sondern auch Länder und Gemeinden einbezieht, rund 95 000 obere und rund 400 000 mittlere Beamte in Deutschland zu finden. Von diesen gehören etwa 200 000 zu den oberen Besoldungsgruppen, die, wie im Ancien regime vor der großen Revolution von 1789, ihrer ganzen Lebenslage und geschäftlichen Stellung nach eine privilegierte Klasse bilden. Man kann mit gutem Grunde annehmen, daß zu den 200 000 Planstellen der oberen Besoldungsgruppen, deren Inhaber unzweifelhaft eine privilegierte Schicht im Staate bilden, noch 250 000 Pensionäre kommen. Die Altersabbaubestimmung für die Beamten, die für die unteren Besoldungsgruppen ihren guten Sinn hat, weil sie mit 65 Jahre zumeist verbraucht sind, wirkt sich finanziell in den oberen Besoldungsgruppen, die eine starke Langlebigkeit aufweisen, überaus unheilvoll aus. In Darmstadt sind durch diese Bestimmung in wenigen Jahren drei Oberlandgerichtspräsidenten in den Ruhestand geraten, von denen zwei noch so frisch und arbeitslustig sind, daß sie in den Aufwertungsverbänden eine rührige Tätigkeit in den schwierigsten Fragen des Privatrechts entfalten können, und zwar während einer Arbeitszeit, die acht Stunden häufig überschreitet.

Die Folge ist, daß nach Durchführung der neuen Besoldungsordnung in Hessen die Planstelle des Oberlandesgerichtspräsidenten einschließlich der zu ihr gehörenden Ruhegehaltsempfänger, die der Republik 1916 (mit nur einem Pensionär)) rund 21 000 Mark kostete, jetzt, im Jahre 1928, auf fast 60 000 Mark zu stehen kommen wird. Noch schlimmer liegen die Dinge bei der Planstelle des Senatspräsidenten in Darmstadt. Hier entfallen auf einen Senatspräsidenten im Dienst gleich vier im Ruhestand, von denen nicht weniger als drei rüstig, frisch und durchaus arbeitsfähig sind. Kein Wunder wahrlich, wenn angesichts solcher Zustände derjenige Teil der Staatseinnahmen, der von den Gehältern und Pensionen der oberen Beamten verschlungen wird, ins Unerträgliche steigt. Wohin wir bereits gekommen sind, zeigt der soeben an den Reichstag gerichtete Notschrei der Hamburger Konsumentenkammer, in der festgestellt wird, daß über 52 Prozent der gesamten Einnahmen (Land und Gemeinde fallen in Hamburg zusammen) von der Besoldung verschlungen werden, so daß für die dringend notwendige Verbesserung der Krankenkost in den öffentlichen Heilanstalten kein Geld vorhanden sei.

Kein Zweifel, die Arbeiterrevolte im Zentrum gegen die obere Bureaukratie hat ernste sachliche Grundlagen. Wenn der Reichstagsabgeordnete Joos klagt, daß von den 191 Mitgliedern des Reichsausschusses der Zentrumspartei über 50 Beamtenvertreter sind, gegenüber nur 16 Arbeitervertretern, so ist das so zu verstehen, daß jene 50 Beamtenvertreter ganz gewiß nicht den unteren Besoldungsgruppen angehören werden. Ein Klassenkampf zwischen den Arbeitern und den Angehörigen der unteren Besoldungsgruppen der Beamten ist undenkbar, weil letztere in ihrem Einkommen und in ihrer Existenzsicherung nur ganz wenig gegenüber der Masse und Angestellten in der Privatindustrie begünstigt worden sind. Dagegen trifft von den oberen Besoldungsgruppen, deren Angehörige keineswegs gering, vielmehr gut zweimal so zahlreich wie die Soldaten unsrer Reichswehr sind, unbedingt Stegerwalds Auffassung zu, daß durch sie „das deutsche Volk in schärfster Weise in verschiedene Klassen geschieden wird".

Der politische Einfluß dieser bevorrechtigten oberen Beamtenklasse ist, wenn man von den deutschnationalen absieht, in keiner der großen Parteien stärker als im Zentrum. Zieht man dies in Betracht, so kann man denen Recht geben, die in der Rebellion der Arbeiterführer in der Zentrumspartei einen im Zentrumsturm ausgefochtenen „Klassenkampf" sehen, einen Kampf zwischen den von Köhler und Marx schonungslos exploitierten proletarischen Steuerzahlern und einer oberen Schicht, die zwar weniger verdient als die Industriebarone, trotzdem aber so hoch über der Masse des Volkes steht, daß sie neben den Industriellen und Großgrundbesitzern eine besondere privilegierte Klasse bildet, deren Einstellung den Arbeitern und Angestellten gegenüber zumeist feindselig ist.

Sparsamkeit

Von A. M. Frey.

Kilians Frau war verreist. Trotzdem beschloß er, zu Hause zu essen. Aus Sparsamkeitsgründen und der Bequemlichkeit halber.

Er begann um 12 Uhr mittags mit einem Pfannkuchen. Für jeden Eingeweihten wäre es erschütternd gewesen, zu beobachten, wie Kilian voll Vertrauen auf den Erfolg des Kochbuchs und in vollendeter Sorglosigkeit den Teig anrührte, ohne entfernt daran zu denken, ob auch genug Spiritus vorhanden sei.

Zehn Minuten später ließ er eine weißgraue Masse, ein wenig beunruhigt, wie es wohl mit ihrer Haltbarkeit stehe, in die gefettete Pfanne fallen. Alles kommt jetzt darauf an, daß sie sich bindet, sagte er sich. Und er wartete.

Diese Freude sollte ihm noch zuteil werden. Er schüttelte — und der werdende Kuchen löste sich vom Eisen. Nun muß ich wenden, begriff er und stand damit dem schwersten Augenblick seines Lebens gegenüber, den er trotz aller Zuversicht leise drohend immer schon empfunden hatte.

Er schob — ach so behutsam! — die Schaufel unter die zischende Masse und lüpfte sie. Die Masse aber widersetzte sich dieser Behandlung, sie zerriß.

Da fiel ihm ein, einmal gehört zu haben, was ganz große und kühne Köche in solchen Fällen tun: sie packten die Pfanne am Stiel, machen eine herrisch wippende Bewegung, worauf der Kuchen aus der Pfanne in die Höhe springt, sich goldgelb überschlägt und mit der anderen Seite ins heiße Fett zurücktaucht.

Kilian beschloß mit einem leisen Schauder, es auch so zu machen. Nichts anderes schien ihm übrig zu bleiben. Er stellte sich in die Mitte der Küche, schloß die Augen und schnalzte kräftig mit dem Handgelenk.

Die weißgraue Masse wirbelte in vierfacher Umdrehung gehorsam empor und klebte dann an der Küchendecke.

Kilian war bestürzt. Bei näherem Hinsehen entdeckte er, daß die Scheibe mit der ungebackenen Seite haften geblieben war. Er stellte, so gut er's abmessen konnte, die Pfanne auf den Fußboden unter den Kuchen an der Decke. Gleich wird er herunterkommen, tröstete er sich und wartete; aber der Kuchen kan nicht. Ich will nachhelfen, rief er und warf die Streichholzschachtel zur Lockerung gegen den Rand der Scheibe. Die Schachtel flog mitten in den Teig und verblieb dort.

Weil der Kuchen so hoch hing, beschloß er ein Gerüst zu bauen. Er legte das Bügelbrett vom Küchenschrank zur Herdplatte und beriet gerade, wie er am besten den Tisch auf dem Brett festbinden könnte und darüber den Stuhl, um dann hinauf zu steigen — da klatschte der Kuchen freiwillig herunter, hart neben die Pfanne auf den Boden.

Er wickelte die Zündholzschachtel aus dem Teig und brachte ihn selber kratzend, hebend und schwankend in die Pfanne zurück.

Ach, was sind Pläne! Als die hoffnungsfrohe Hand das unfertige Mahl wieder der Flamme zuschieben wollte, zeigte sich, daß die Flamme erloschen war. Und kein Tropfen Spiritus in sämtlichen Wohnräumen. Kilian war am Zusammenbrechen. Aber er wollte sich nicht aufgeben. Er wollte Feuer machen im Herd. Es hielt schwer, das nötige Holz zusammenzubringen, er mußte den Küchenschemel opfern. Dann aber zeigte sich, daß die Streichhölzer, die in den Teig eingebettet gelegen hatten, feucht und unbrauchbar waren.

Aber: die Sonne — wie? Und die mächtigen Brenngläser, wertvolle Erbstücke vom Großvater her? Es muß doch gelingen, durch sinnreiche Verteilung von Spiegeln und Gläsern — durch Auffangen, Zurückwerfen, Sammeln und Verstärken von Sonnenfeuer so viel Hitze unter einen armseligen Pfannkuchen zu bannen, daß wenigstens ein Schmarren daraus wird? Wie?

Er ging auf dem Küchenbalkon ans Werk. Nach fünf Minuten war eine Backvorrichtung ersonnen und nach einer halben Stunde aufgebaut, ein geistreicher kleiner Apparat, der ohne weiteres kräftig genug sich zeigte um eine hübsche Brandwunde am Handballen zu erzeugen. Voll Spannung setzte Kilian die Pfanne dorthin, wo vorher sein Ballen geruht hatte. Und wartete in freudiger Neugier.

Da ging die Sonne hinter eine Wolke. Gleichzeitig aber stieg aus der Pfanne geisterhaft eine kleine Rauchfontäne; der Teig blähte sich qualvoll zu einem winzigen Hügel, der Hügel tat sich auf und ließ einen schwarzen Abgrund sehen, dessen Ränder zu verkohlen begannen. Als Kilian das Phänomen von unten her in Angriff nahm, mußte er entdecken, daß in den Pfannenboden ein sauber und regelmäßig geformtes Loch gebrannt war. Nun gerade! beharrte er, goß den Pfanneninhalt in einen emaillierten Topf, warf die Pfanne in den Hof und überlegte, wie man fortfahren könne.

Ein anderer Weg ist eben nötig, dachte er. Ich will keinesfalls den Versuch der eigenen Verköstigung schwächlich aufgeben. Man wird doch noch genug Feuer herbeischaffen, um diesen Dingsda — ja, was war es denn nun eigentlich —?

Kilian betrachtete sinnend die Masse im Emailletopf. Und während er, weil die Augen nicht ins Reine kamen, die Nase befragte und sie schnüffelnd näher führte, kamen ihm Gerüche zum Bewußtsein, die von draußen hereinzogen — die ihn hinauswiesen über den Hof auf die jenseitige Straße.

Dort sah er einen Asphaltkessel dampfen. Wortlos — triebhaft nahm er den Topf in die eine, das Schaufeleisen in die andere Hand und ging hinunter.

„Guter Mann," sagte er dem Arbeiter, der mit einer mächtigen Stange in der großblasigen Teermasse rührte, die fortwährend gluckste und fürchterliche Hitze von sich gab, „könnte mein Topf nicht von Ihrem Feuer profitieren?"

Der Arbeiter sah in den emaillierten Tiegel. „Was haben Sie denn da," fragte er wohlwollend. „Aha, Sie möchten Ihren Leim aufwärmen? Das können wir schon machen."

Jetzt hätte Kilian reden müssen. Aber er war zu feige, den Irrtum aufzuklären. Der Arbeiter goß schlichten Sinnes aus einem schmutzigen Kübel trübes Wasser in den Pfannkuchen.

„Der Leim ist zu dick," murmelte er.

Dann rührte er mit der Stange um und schob das Ganze an eine besonders heiße Stelle.

Kilian wagte keine Silbe. Als der ehemalige Kuchenteig große Blasen warf, quirlte der Arbeiter noch einmal die Masse durch, hob sie aus der Höllenglut und gab Kilian freundlich den Topf in die Hand. „Fertig, mein Lieber," lobte er.

Kilian verbrannte sich die Finger kräftig, murmelte „danke bestens" und wankte von dannen.

Zu Hause füllte er zwei leere Flaschen mit dem Produkt und zauderte etwas, als er auf zwei Etiketten den Titel „Flüssiger Leim" schrieb.

Meine Frau wird sich freuen, sprach er aufatmend nach dieser abschließenden Arbeit. Leim ist so notwendig in einem geordneten Haushalt.

Dann ging er zum späten Mittagessen und sagte sich, daß er nun gleichzeitig, wenn auch etwas früh, zu Abend speisen könne.

Verbilligung der Lebenshaltung.

Fahrt zur Arbeit

Aus zweien werden drei, vier, fünf, dann eine Gruppe. Aus allen Richtungen kommen diese Gruppen.

Schienen dämmern fahl im Morgengrauen. Ihnen entlang tappen die Gruppen, Menschen, auf dem Wege zur Arbeit. Alle kennen die nüchtern-schmalen Buchstaben darauf, alle lesen sie immer wieder, bilden immer wieder den Namen der Station, wie man im Traume x-mal dieselbe Treppe ersteigt, wenn es innen drückt. Vor diesem Schilde ballen sich die Gruppen zusammen zum Strome, um von dem täglich präzis daherfahrenden Zug verschlungen zu werden. Wie Latwerge rinnen die Menschen mit den Eßbehältern, Hacken, Hämmern und Hölzern ins schmale Waggonband. Zwei Minuten Zeit zum Einsteigen. Derweil hat sich die Sonne um ein kleines Stück himmelaufwärts geschoben. Die Morgennebel zwischen den Aesten noch fröstelnder Bäume beginnen zu zerflattern.

Jetzt rollt es langsam unter den schlafschweren Füßen der Menschen, steigt das Blut hinauf in Arme und Köpfe. Dampf erster Pfeifen, Zigarren und Zigaretten schwebt zur eisengrauen Abteildecke. Stimmen lockern sich allmählich zu immer gleichem Gespräch über Zukunft, Arbeit, Verdienst, Wetter, Politik, Sorgen, Sonntage, Verheißungen nud Fehlschläge. In aller Augen glimmt heroische Resignation, ist das Eingeständnis zu lesen, daß es Millionen Menschen nicht besser geht. Bei einzelnen aber leuchtet freudiger Optimismus, bei ganz wenigen schleicht unheilbare Trauer. Die Sonne wird gelber auch die Gesichter der Menschen bekommen Farbe. Der Schlaf hat mit letztem Flügelschlag Abschied genommen und ist hinausgehuscht in die sterbenden Dünste der geendeten Nacht. Schon zündet man die zweiten Zigarren, Zigaretten und Pfeifen an. Die Stimmen werden, je wärmer die Sonne scheint, lauter, kämpferischer, tagesfroher, durchsonnter, die Finger beweglicher, und die Gesichter bekommen eine Nuance mehr Rot. Gleichmäßig rattern jetzt die Räder über die Nietstellen der Schienen, singen ihr Lied: Ar—beit, Ar—beit. Und höher steht der noch bleichgelbe Ball am Himmel. Volleres, wärmeres Licht wirft auf die zerfurchten Stirnen, macht Körper lebendiger und fester, Münder rosiger und Augen glühender. Zeitungen werden hervorgeholt, nicht zu Ende gelesene Abend- oder noch druckfeuchte Morgenblätter. Die Hälfte der Männer liest. Etliche schauen in des Nachbars Blatt. Zwei Welten, durch den schwarzen Strich getrennt, tun sich dem Lesenden auf. Was ist schon ein schmaler Strich! Was überm Strich erkämpft wird, lugt zwischen den Zeilen auch unterm Strich hervor, nur sozusagen auf weichere, musikalischere Art. Oben ist alles prägnanter. Das Unten mit seinen Angelegenheiten des Herzens, mit den Sehnsüchten und Träumen darf sich mit Zarterem begnügen. Jetzt werden die Blätter gewendet, Lokales wird durchgelesen, Inserate werden, in der Hoffnung, sich billiger Offerten am Samstag nach Lohnempfang bedienen zu können, mit Interesse studiert. Schneewässrige Gräben fließen den Schienen entlang und glitzern wie zerknittertes Stanniolpapier. Kahle Stämme recken sich in den Himmel, mit eindeutiger Gebärde, als wollten sie sagen: Ueberall ist Sehnsucht nach dem Erhabenen, Höheren. Zähes Wintergras, wie rostiges Grünblech, läßt an den Sommer denken, wo man sich vielleicht von Gespartem ein neues Gartenhäuschen wird bauen können, mit Spirituskocher darin und neuen Rohrmöbeln. Manche beißen schon in die Frühstücksbrote. Etliche lachen über einen Witz oder eine gutpointierte Erzählung. Andre denken an die erholungsbedürftigen Kinder, an auszubesserndes Bettzeug oder an die Anschaffung eines drolligen Hundes. Da ist einer, dessen [illegible]nes Begabung eines Tages die ganze Familie aus allen Sorgen herausreißen wird. Da einer, der eine kleine Erbschaft in Aussicht hat und sich mit dem Gedanken trägt, im Frühjahr ein Häuschen am Waldrand bauen zu lassen. Hoffnungen, Sehnsüchte überall. Ob Bessergestellte an Automobile oder Arbeiter an kleine Häuschen denken, die Proportion von Erreichbarem zu Unerreichbarem bleibt immer dieselbe. Und die Räder singen weiter: Ar—beit, Ar—beit.

Länger werden die Schatten der Telegraphenstangen, Bäume und Wagen. Jetzt klopft einer seine Pfeife aus, dann ein zweiter, dritter. Stummel werden zertreten. Zeitungen werden sorgfältig zusammengefaltet, um in der Frühstückspause weitergegeben zu werden. Der Zug hält. Man steht auf, atmet tief, reckt sich, ordnet seine Sachen, nimmt das Handwerkszeug von den Bänken und aus dem Gepäcknetz. Wieder taucht ein Stationsschild auf. Wieder derselbe Beamte von gestern und vorgestern, derselbe Morgengruß, dieselben Schornsteine, Betonpfeiler, dann letzte Gespräche, Grüße, Zuwinken, kurzes Nicken. Das Fabriktor ist weit geöffnet. Hände greifen in die Maschinen. Es fängt überall zu summen an, zu zirpen, rotieren. Uhrzeiger rücken rasch vor. Die Sonne lacht in die hohen Lichtfenster. Der Himmel ist strahlend hell geworden, winterlich klar. Das tägliche Lied beginnt, die Arbeit.

Albert Zimmer.

Interessantes aus aller Welt

Der König von Tavolara.

Im Nordosten von Sardinien liegt — gleichsam vor aller Welt versteckt — die kleine Insel Tavolara. Dieses kleine Eiland, das kaum acht Kilometer lang und nur fünf Kilometer breit ist sich jedoch mit seinem höchsten Punkte 555 Meter über dem Meeresspiegel erhebt, zählt heute nur einige zwanzig Einwohner, die entweder Hirten oder Fischer sind. In dem dichten Walde, der die Insel zum größten Teile bedeckt, leben als einzige Vertreter der frei lebenden Tierwelt wilde Ziegen, die vermutlich von gewöhnlichen Hausziegen abstammen. Im Jahre 1843 siedelte sich ein Sarde namens Carlo Bartoleoni auf der damals noch vollkommen unbewohnten Insel an. Einige Jahre später besuchte zufällig einmal der damalige König von Sardinien, Karl Albert, das kleine Eiland, wo er von Bartoleoni und dessen Familie begrüßt wurde. Damals soll Karl Albert im Scherz zu Bartoleoni gesagt haben: „Ich bin der König von Sardinien, und Ihr — nun, Ihr seid der König von Tavolara.“ Durch die italienische Presse wurde dieser Ausspruch damals in der ganzen Welt verbreitet, und als dann nach Jahren Carlo Bartoleoni starb, ließ es sich sein Sohn Paul nicht nehmen, sich nunmehr offiziell „Paul I., König von Tavolara“ zu nennen. Dieser ungekrönte König nun ist vor einigen Tagen in hohem Alter gestorben. Während seiner „Regierungszeit“ empfing er jeden Besucher, der zufällig einmal nach Tavolara verschlagen wurde, stets mit der größten Gastfreundschaft in seinem „Palais“, das allerdings nur eine primitiv gebaute Hütte war. In dem Ehrensaal seines „Schlosses“ hatte er die Bilder aller seiner europäischen „Kollegen“ aufgehängt, deren Mehrzahl heute freilich tot oder entthront ist. Für die Nachfolge des verstorbenen „Monarchen“ ist bereits gesorgt; sein ältester Sohn wird als „König Paul II.“ den allerdings imaginären Thron besteigen.

•

Eine böse Zwickmühle.

Eine amüsante Geschichte hat sich unlängst in Winnipeg in Kanada abgespielt. Wie so viele andere Städte wollte auch diese ihren im Weltkrieg gefallenen Mitbürgern ein Denkmal errichten. Es wurde nun, wie der „Milwaukee Herold“ berichtet, ein Wettbewerb ausgeschrieben, bei dem, wie üblich, sämtliche Bewerber ihre Entwürfe unter einer Deckadresse einzureichen hatten, um so dem Preisrichterkollegium völlig unbeeinflußt die Wahl des besten Entwurfes zu ermöglichen. Da eine eingereichte Arbeit weit über das Niveau der anderen Einsendungen hinausragte, wurde einstimmig beschlossen, diesem Entwurf den ersten Preis zuzuerkennen. Aber als das Pseudonym des Künstlers gelüftet wurde, stellte sich heraus, daß der Preisträger ein Deutscher war, nämlich ein junger Bildhauer namens Emanuel Hahn, der zwar den größten Teil seines Lebens in Kanada zugebracht, aber doch immerhin in Deutschland das Licht der Welt erblickt hatte. Nach der Ansicht der Patrioten von Winnipeg erschien es aber natürlich ganz ausgeschlossen, daß ausgerechnet ein Deutscher das Denkmal für die britischen Gefallenen herstellte. Herr Hahn erhielt daher den ausgesetzten Preis ausbezahlt, dagegen wurde ihm eröffnet, daß aus dem oben angedeuteten Grunde sein Denkmalsentwurf nicht zur Ausführung gelangen könne. Es wurde nun ein neuer Wettbewerb ausgeschrieben, an dem nur Personen kanadischer Herkunft teilnehmen durften. Abermals trat das Preisrichterkollegium zusammen, und diesmal fiel der Preis einer Dame zu, die zweifellos kanadischer Herkunft war und sich schon seit ihrer Jugend künstlerisch betätigt hatte. Aber diese Dame war niemand anders als die Gemahlin des „bösen“ deutschen Bildhauers Emanuel Hahn, dessen Entwurf bei dem früheren Ausschreiben mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden war. Die Stadt Winnipeg ist nun in einer bösen Zwickmühle. Entweder muß sie nochmals den Preis auszahlen und, falls sie die Ausführung des Entwurfs abermals ablehnt, einen dritten Wettbewerb mit weiteren Sperrbedingungen ausschreiben, oder das Denkmal für die britischen Gefallenen wird von einer Dame ausgeführt, die sich so weit vergessen konnte, daß sie einen Deutschen zum Gemahl nahm.

•

Das Auge des Gesetzes und das Auge des Chauffeurs.

Wegen unvorschriftsmäßigem Fahren wurde ein Chauffeur auf Stockholms Straßen nachts von einem Schutzmann angehalten und aufgeschrieben. Da er der Ansicht war, daß ihm Unrecht geschehe, und das in sehr temperamentvoller Weise beteuerte, stieg in dem Schutzmann der Verdacht auf, daß der Mann sich in nur mäßig nüchternem Zustande befinde, und der Aufgeschriebene mußte mit zur Wache. Dort protestierte er wieder heftig, und der Polizeiarzt wurde herbeigerufen, der mit ihm eine Reihe Experimente vornahm, um den Grad seiner Nüchternheit festzustellen. Einige Tage später kam der Fall zur Verhandlung vor dem Polizeigericht, und die Anklage stützte sich hauptsächlich auf das Gutachten des Arztes, der als untrüglichen Beweis der Trunkenheit festgestellt hatte, daß das linke Auge des Chauffeurs auf Reize nicht reagiert habe. Nachdem er das vernommen hatte, gab der Chauffeur mit breitem Grinsen die Erklärung ab, daß sein linkes Auge ein Glasauge sei.

•

Von einem Gemälde hypnotisiert.

Ein in Siebenbürgen wohnender Psychiater veröffentlichte vor kurzem eine Broschüre, in der er u. a. folgende Begebenheit erzählt: „Eines Tages besuchte mich eine Patientin, die beunruhigt erzählte, daß sie am vorhergehenden Abend, als sie sich zur Nachtruhe begeben wollte, von beklemmenden, unerklärlich lastenden Gefühlen und Schläfrigkeit befallen worden sei. Ich habe der äußerst intelligenten, aber hypernervösen Dame Fragen gestellt und es ergab sich, daß gegenüber der Chaiselongue, auf der die Dame noch eine Weile saß, ein großes Bild eines Italieners aus dem dreizehnten Jahrhundert hing. Meine Bitte, dieses Bild betrachten zu dürfen, wurde gewährt, und ich führte vor dem Bilde einen interessanten Versuch aus. Ich forderte die Dame auf, starr in die Augen des auf dem Bilde gemalten venetianischen Edelmannes zu sehen, wonach sie langsam in einen tranceähnlichen Zustand fiel. Als ich ihr danach befahl, aus ihrem Schlaf zu erwachen, blieben meine Befehle wirkungslos, was mich solchermaßen besorgt machte, daß ich zu den stärksten Mitteln griff, um sie wieder zu beleben. Aber zu meinem Schreck blieb die Dame weiter im Trancezustand, aus dem sie erst nach einem 36 stündigen Schlaf, diesmal ohne geweckt werden zu müssen, erwachte. Der Gatte der Dame, erschreckt über diesen Vorgang, entfernte das zauberkräftige Bild und schenkte es mir. Ich habe mit dem Bilde dann wiederholt Versuche gemacht und konnte feststellen, daß das Bild auf andere Medien keinerlei Wirkung hatte.“ Der Arzt berichtet dann noch, daß er nicht mehr den Mut hatte, den Versuch mit der reagierenden Dame zu wiederholen, hauptsächlich aus dem Grunde nicht, weil, wie bekannt, solche hypnotischen Zustände nur der zu lösen imstande ist, der sie verursacht hat — diesmal also das gemalte Augenpaar.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Zawodzie-Bogutschütz. Sonntag, den 26. Februar cr., nachm. 5 Uhr, im Cyganschen Restaurant Vortrag: „Die Geschichte der Ehe“. Ref : Gen. Dr. Bloch.

Friedenshütte. Donnerstag, den 23. Febr., Vortragsabend. Genosse Buchwald spricht über Arbeitersport und Gewerkschaft.

Versammlungskalender

Oeffentliche Versammlungen
am 26. Februar 1928.

Nikolai. Um 12 Uhr mittags, Lokal nach den Anschlagsäulen. Referenten: Gen. Heidrich, DSAP.; Ksionzyk, PPS.

Bismarckhütte. Um 3 Uhr nachmittag, Brzezina. Referenten: Gen. Abg. Kowoll, DSAP.; Trombalski, PPS.

Emanuelssegen. Um 3 Uhr nachmittag, bei Kukofka. Referenten: Gen. Hermann, DSAP.; Zawisz, PPS.

Nickischschacht. Um 10 Uhr vorm. Sitzung der DSAP., PPS. und CZG. bei Fritsch. Referent: Abg Gen. Kowoll.

Chropaczow. Um 3 Uhr nachmittag, bei Thomas. Referenten: Gen. Peschka, DSAP.; Slawik, PPS.

Podlesie. Um 3 Uhr nachm., Lokal nach den Anschlagsäulen. Referenten: Gen. Kubitzek, DSAP.; Wesoly, PPS.

Krol. Huta. Um 3 Uhr nachmittag, Dom Ludowy. Referenten: Gen. Kuzella, DSAP ; Adamek PPS.

Orzesche. Um 3 Uhr nachmittag, bei Grzegorczyk. Referenten: Gen. Gallus, DSAP ; Grzyb, PPS.

Ober-Lazisk. Um 4 Uhr nachmittag, bei Mucha. Referenten: Gen. Matzke, DSAP.; Wesoly, PPS.

Zawodzie. Um 6 Uhr nachmittag, im alten Schützenhaus, Referenten: Gen. Abg. Kowoll, DSAP.; Machej, PPS.

Eichenau. Um 3 Uhr nachmittag. — Referenten: Gen. Gorny, DSAP.; Zilkiewisz, PPS.

Katowice. Um 11 Uhr vormittag, Versammlung der Angestellten, im Kino Kolosseum. Referenten: Gen. Peschka, DSAP ; Slawik, Dr. Ziolkiewicz, Machej, PPS.

Gieschewald. Um 5 Uhr nachmittag, bei Schnapka. Referenten: Gen. Dorrn, DSAP.; Rubin, PPS.

Friedenshütte. Um 3 Uhr nachmittag, bei Holscaner. Referenten: Gen. Raiwa, DSAP.; Koluszko, PPS.

Chorzow. Um 7 Uhr abends, bei Morcinek. Referenten: Gen. Dittmer, DSAP ; Kawalec, PPS.

Mittel-Lazisk. Um 3 Uhr nachmittag, Lokal nach den Anschlagsäulen. Ref.: Gen. Bluszcz, DSAP.; Wesoly, PPS.

Czerwionka. Um 3 Uhr nachmittag, bei Kopiec. Referenten: Gen. Ritzmann, DSAP.; Gen. Chruszcz, PPS.

Niedobczyce. Um 5 Uhr nachmittag, bei Wieczorek. Referenten: Gen. Schwadzba, DSAP.; Niemysko, PPS.

Loslau. Um 11 Uhr vormittag, bei Oslicki. Referenten: Gen. Placzek DSAP.; von Teschen für die PPS.

Sohrau. Um 12 Uhr mittags, Lokal nach den Anschlagsäulen. Referenten: Gen. Bytomski, DSAP.; Daniel, PPS.

Myslowitz. Um 4 Uhr nachmittag, bei Wyzik. Referenten: Gen. Kandziora, DSAP ; Romanski, PPS.

Am 25. Februar 1928.

Zalenze. Um 6 Uhr nachm., Lokal nach den Anschlagsäulen. Refer.: Gen. Abg. Kowoll, DSAP.; Machej, PPS.

Kattowitz. Turner, Sänger und Naturfreunde. Sonnabend, den 25. Febr., abends 8 Uhr, wichtige Zusammenkunft im Zentralhotel.

Kattowitz. Transportarb.-Verband. Am Sonntag, den 26 Februar, findet im Zentralhotel eine Mitgliederversammlung statt. Referent Sowa.

Bismarckhütte. Ortsausschuß. Am Freitag, den 24. Febr., abends ½8 Uhr findet die Generalversammlung des Ortsausschusses Bismarckhütte im D. M. V.-Büro unter Anwesenheit des Bezirksleiters Nowak statt.

Königshütte. Kriegsbeschädigte. Freitag, den 24. Februar, abends 7 Uhr, Monatsversammlung. Ohne Ausweis kein Zutritt.

Königshütte. Achtung Ortsausschuß. Am Sonntag, den 26. Febr., vormittags 9 Uhr, findet im Volkshaus (Büfettzimmer) die Generalversammlung des Ortsausschusses statt. Die alten und die neuen Delegierten sowie die Vorsitzenden der Freien Gewerkschaften werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Lipine. Maschinisten, Heizer und Handwerker. Am Sonnabend, den 25. Febr., abends 7½ Uhr, findet bei Morawietz eine Mitgliederversammlung statt.

Schlesiengrube. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 26. Februar, um 10 Uhr vormittags, Generalversammlung der Bergarbeiter bei Scheliga.

Nikolai. Jugendgruppe. Sonnabend, den 25 Februar, abends 7 Uhr, findet ein Unterhaltungsabend der Sozialistischen Jugendgruppe im Vereinslokal Ciossek statt.

Nikolai. Am Sonnabend, den 25. Februar, 6½ Uhr nachm., werden im Vereinslokale (Ciossek) Bücher umgetauscht.

Nikolai. Sonntag, den 26. Februar, um 9½ Uhr vorm., findet eine Sitzung des Wahlkomitees im Lokale des Herrn Ciossek statt.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.